

Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Autorenverzeichnis .....	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet .....	XI
Inhaltsverzeichnis .....	XV
Abkürzungsverzeichnis .....	LXIII
Literaturverzeichnis .....	LXXV

Abschnitt 1 Das Insolvenzverfahren..... 1

Kapitel 1	Einleitung.....	1
Kapitel 2	Insolvenzgründe .....	16
Kapitel 3	Der Insolvenzantrag .....	42
Kapitel 4	Antragsverfahren, vorläufige Verwaltung und andere vorläufige Maßnahmen .	51
Kapitel 5	Abweisung mangels Masse .....	117
Kapitel 6	Verfahrenseröffnung und ihre Wirkungen.....	144
Kapitel 7	Verträge in der Insolvenz.....	261
Kapitel 8	Aus- und Absonderungsrechte .....	304
Kapitel 9	Insolvenzanfechtung.....	371
Kapitel 10	Aufrechnung in der Insolvenz.....	439
Kapitel 11	Forderungsanmeldung, Forderungsprüfung und Verteilung an die Insolvenzgläubiger .....	457
Kapitel 12	Masseunzulänglichkeit .....	489
Kapitel 13	Beendigung des Verfahrens.....	564
Kapitel 14	Insolvenzplan .....	585
Kapitel 15	Eigenverwaltung.....	703
Kapitel 16	Konzerninsolvenzrecht .....	767
Kapitel 17	Verbraucherinsolvenz .....	857
Kapitel 18	Restschuldbefreiungsverfahren .....	886
Kapitel 19	Stundung der Verfahrenskosten bei Restschuldbefreiung .....	1093
Kapitel 20	Nachlassinsolvenzverfahren.....	1133
Kapitel 21	Recht der internationalen Insolvenzen .....	1145

Abschnitt 2 Praxis der Insolvenzverwaltung..... 1273

Kapitel 22	Das Gericht, der Verwalter und die Organe der Gläubiger .....	1273
Kapitel 23	Die Betriebsfortführung .....	1386
Kapitel 24	Insolvenzmasse und ihre Verwertung – Massebildung.....	1439
Kapitel 25	Immobilienvermögen des Schuldners .....	1481
Kapitel 26	Urheber-, Patent-, Marken- und sonstige Schutzrechte in der Insolvenz .....	1502
Kapitel 27	Gesellschaftsrecht und Insolvenz.....	1513
Kapitel 28	Die Bankgeschäfte des Schuldners .....	1566
Kapitel 29	Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz .....	1657
Kapitel 30	Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz .....	1727

Inhaltsübersicht

---

Kapitel 31	Steuern in der Insolvenz (Grundlagen) . . . . .	1775
Kapitel 32	Die Masseverbindlichkeiten und der Aufwand zum Betrieb des Insolvenzverfahrens («Masselasten») . . . . .	1851
Kapitel 33	Datenschutz und Insolvenzverwaltung . . . . .	1889
Kapitel 34	Haftung des Insolvenzverwalters . . . . .	1917
Kapitel 35	Vergütung der Insolvenzorgane . . . . .	1985
Kapitel 36	Sanierungsrecht . . . . .	2057
Kapitel 37	Kryptowerte in der Insolvenz . . . . .	2103
 <b>Abschnitt 3 Branchenspezifische Besonderheiten . . . . .</b>		<b>2120</b>
Kapitel 38	Insolvenz von Pflegeeinrichtungen . . . . .	2120
Kapitel 39	Insolvenz von Krankenhäusern . . . . .	2131
Kapitel 40	Die Bauinsolvenz . . . . .	2147
Kapitel 41	Anleihegläubiger in der Insolvenz . . . . .	2169
Kapitel 42	Personaldienstleister in der Insolvenz . . . . .	2183
Kapitel 43	Warenkreditversicherung und Lieferantenpool . . . . .	2188
Kapitel 44	Speditionen/Transportwesen . . . . .	2205
Kapitel 45	Handelsvertreter . . . . .	2216
Kapitel 46	Automotive . . . . .	2225
 Stichwortverzeichnis . . . . .		 2237

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ..... V

Autorenverzeichnis ..... VII

Im Einzelnen haben bearbeitet ..... XI

Inhaltsübersicht ..... XIII

Abkürzungsverzeichnis ..... LXIII

Literaturverzeichnis ..... LXXV

Abschnitt 1 Das Insolvenzverfahren ..... 1

**Kapitel 1 Einleitung** ..... 1

A. Insolvenzziele ..... 1

    I. Gemeinschaftliche Gläubigerbefriedigung ..... 2

    II. Entschuldung des Schuldners ..... 3

B. Mittel der Haftungsverwirklichung ..... 3

    I. Gesamt- oder Teilveräußerung ..... 4

    II. Liquidation oder Sanierung ..... 4

    III. Haftungsverwirklichung ..... 4

C. Organisationsrecht ..... 5

    I. Rechtliche Struktur ..... 5

    II. Betriebswirtschaftliche Struktur ..... 5

D. Insolvenzordnung ..... 5

    I. Gesetzeseinheit ..... 5

    II. Gesetzesaufbau ..... 6

E. Verfahrensanreize ..... 6

    I. Drohende Zahlungsunfähigkeit ..... 6

    II. Eigenverwaltung und Schutzschirm ..... 6

    III. Restschuldbefreiung und Verfahrenskosten ..... 7

    IV. Neuerwerb und Masseanreicherung ..... 7

F. Eröffnungsverfahren ..... 7

G. Verfahrenseröffnung ..... 7

H. Insolvenzverwalter ..... 7

    I. Istmasse ..... 7

    II. Sollmasse ..... 8

I. Gläubiger ..... 8

    I. Gläubigerautonomie ..... 8

    II. Verwertungsentscheidung ..... 8

J. Schuldner ..... 8

    I. Insolvenzfähigkeit ..... 8

    II. Rechtsträgerschaft ..... 9

    III. Konzern ..... 10

    IV. Formwechsel ..... 10

    V. Natürliche Person ..... 10

    VI. Juristische Person ..... 11

    VII. Nachlass ..... 11

    VIII. Gütergemeinschaft ..... 11

    IX. Pflichten des Schuldners ..... 11

    X. Teilnahmerechte des Schuldners ..... 12

K. Verfahrensgrundsätze ..... 12

    I. Parteidisposition ..... 13

    II. Amtsbetrieb ..... 13

    III. Mündlichkeit und Öffentlichkeit ..... 13

    IV. Rechtliches Gehör ..... 14

    V. Verfahrensbeschleunigung ..... 14

    VI. Zuständigkeit ..... 14

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Kapitel 2 Insolvenzgründe</b>	16
A. Erforderlichkeit eines Insolvenzauslösetatbestandes	16
I. Bestehen eines Insolvenzgrundes als Verfahrensvoraussetzung	16
II. Gerichtliche Feststellung	17
III. Zeitpunkt	18
IV. Antragspflicht	19
1. Antragspflicht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	19
2. Aussetzung der Antragspflicht nach SanInsKG	20
V. Geltungsbereich	21
1. Verbraucherinsolvenzverfahren	21
2. Genossenschaften	22
3. Kredit- und Versicherungswesen	22
VI. Auslandsinsolvenz und Partikularverfahren	22
B. Die einzelnen Insolvenzgründe	23
I. Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit	24
1. Definition der Zahlungsunfähigkeit	24
2. Nachweis der Zahlungsunfähigkeit	30
II. Insolvenzgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit	32
1. Normzweck und praktische Bedeutung	32
2. Definition drohende Zahlungsunfähigkeit	34
III. Überschuldung als Insolvenzauslösetatbestand	36
1. Legaldefinition der Überschuldung	36
2. Grundsätze der zweistufigen Überschuldungsprüfung	37
<b>Kapitel 3 Der Insolvenzantrag</b>	42
A. Grundlagen	42
B. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	43
I. Zuständigkeit	43
II. Form/Frist	44
III. Notwendiger Inhalt	44
C. Eigenantrag des Schuldners	44
I. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	44
II. Antragsberechtigte	46
III. Rücknahme des Insolvenzantrages	46
IV. Haftung	47
D. Fremdantrag eines Gläubigers	47
I. Glaubhaftmachung	47
II. Rechtsschutzinteresse	48
III. Haftung	48
IV. Zahlung auf Gläubigerforderung, Antragsrücknahme und Erledigungserklärung	48
E. Kosten des Antrags	49
I. Kostenschuldner	49
II. Gerichtsgebühren/Auslagen	50
<b>Kapitel 4 Antragsverfahren, vorläufige Verwaltung und andere vorläufige Maßnahmen</b>	51
A. Zweck	52
B. Bestellung eines Sachverständigen	53
C. Erlass von vorläufigen Maßnahmen	57
I. Anhörung	59
II. Bekanntmachung und Wirksamwerden der Anordnungen	60
III. Beschwerde	61
IV. Aufhebung von vorläufigen Maßnahmen	61
D. Die einzelnen vorläufigen Maßnahmen nach § 21 InsO	62
I. Allgemeines Verfügungsverbot (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO)	62
II. Allgemeiner Zustimmungsvorbehalt (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO)	63
III. Gegenständlich beschränktes Verfügungsverbot (§ 21 Abs. 1 InsO)	65
IV. Untersagung oder einstweilige Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (§ 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO)	66

V.	Exkurs: Zwangsvollstreckung in das Immobilienvermögen des Schuldners. . . . .	68
VI.	Vorläufige Postsperre (§ 21 Abs. 2 Nr. 4 InsO) . . . . .	69
VII.	Vorführung und Haftanordnung (§ 21 Abs. 3 InsO) . . . . .	70
VIII.	Vorläufige Maßnahmen zum Ab- und Aussonderungsgut . . . . .	71
	1. Inhalt der Maßnahme . . . . .	71
	2. Ausgleich für Ab- und Aussonderungsberechtigte . . . . .	74
IX.	Sonstige vorläufige Maßnahmen . . . . .	75
E.	Vorläufiger Insolvenzverwalter . . . . .	75
	I. Allgemeine Voraussetzungen und Verwalterauswahl . . . . .	75
	II. Kriterien der Verwalterauswahl . . . . .	77
	III. Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	80
	IV. Erscheinungsformen der vorläufigen Insolvenzverwaltung . . . . .	80
	1. Vorläufiger Insolvenzverwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsmacht. . . . .	80
	2. Vorläufiger Insolvenzverwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsmacht. . . . .	95
F.	Vorläufiger Gläubigerausschuss gem. §§ 21 Abs. 2 Nr. 1a, 22a InsO . . . . .	103
	I. Allgemeines . . . . .	103
	II. Voraussetzungen. . . . .	104
	1. Pflichtausschuss. . . . .	104
	2. Antragsausschuss . . . . .	105
	3. Kann-Ausschuss. . . . .	105
	III. Absehen von der Einsetzung und Einsetzungssperre. . . . .	106
	1. Unterbliebene Einsetzungen . . . . .	106
	2. Ausschlussgründe. . . . .	106
	IV. Aufgaben des vorläufigen Gläubigerausschusses. . . . .	109
	1. Aufgaben im Regeleröffnungsverfahren . . . . .	109
	2. Aufgaben im Verfahren der Eigenverwaltung und im Schutzschirmverfahren . . . . .	112
	V. Konstituierung des vorläufigen Gläubigerausschusses. . . . .	113
	VI. Haftung des vorläufigen Gläubigerausschusses . . . . .	113
	1. Auswahl des vorläufigen oder endgültigen Insolvenzverwalters oder Sachwalters . . . . .	114
	2. Kontrolle des vorläufigen Insolvenzverwalters/Sachwalters oder des Schuldners. . . . .	114
	3. Kassenprüfung . . . . .	115
	VII. Haftungsbegrenzung und Auflösung . . . . .	115
<b>Kapitel 5 Abweisung mangels Masse . . . . .</b>		<b>117</b>
A.	Entstehungsgeschichte . . . . .	117
B.	Unterschiedliche Verfahrenskategorien nach der InsO . . . . .	119
C.	Abweisungsvoraussetzungen. . . . .	119
	I. Feststellung der Massekostendeckung durch das Insolvenzgericht . . . . .	120
	1. Aufstellung einer Kostendeckungsübersicht . . . . .	120
	2. Bestimmung der voraussichtlichen Verfahrenskosten. . . . .	121
	3. Bestimmung des voraussichtlichen Massebestandes (Aktivmasse) . . . . .	124
	4. Prognoseentscheidung . . . . .	126
	II. Abweisungsausschluss bei Verfahrenskostenstundung. . . . .	126
	1. Sicherung der Verfahrenskosten durch die Staatskasse bei Verfahrenskostenstundung. . . . .	126
	2. Entscheidung über die Verfahrenskostenstundung vor Verfahrenseröffnung . . . . .	127
	III. Abweisungsausschluss bei Aufbringung der Verfahrenskosten durch Vorschussleistungen. . . . .	128
	1. Mögliches Gläubigerkalkül bei der Vorfinanzierung der Verfahrenskosten . . . . .	128
	2. Grundsätze für die Behandlung des Vorschusses . . . . .	129
	3. Unanfechtbarkeit der Vorschussfestsetzung . . . . .	131
D.	Abweisungsverfahren . . . . .	131
	I. Rechtliches Gehör des Schuldners zu der beabsichtigten Abweisung mangels Masse . . . . .	132
	II. Öffentliche Bekanntmachung der Abweisungsentscheidung . . . . .	133
	III. Kostenentscheidung bei Abweisung mangels Masse . . . . .	133
	IV. Anfechtung des Abweisungsbeschlusses . . . . .	135
	V. Zulässigkeit der Antragsrücknahme bis zur Rechtskraft des Abweisungsbeschlusses . . . . .	136
E.	Wirkungen und Rechtsfolgen der Abweisung mangels Masse . . . . .	137
	I. Schuldnerverzeichnis. . . . .	137
	1. Eintragungen ins Schuldnerverzeichnis . . . . .	137

**Inhaltsverzeichnis**

2. Löschung von Eintragungen ins Schuldnerverzeichnis. . . . .	137
II. Auflösung und Löschung von juristischen Personen infolge der Abweisung mangels Masse	138
III. Insolvenzereignis (SGB III)/Sicherungsfall (BetrAVG) . . . . .	139
IV. Zulässigkeit neuer Insolvenzanträge. . . . .	139
F. Erstattungsanspruch gegen antragspflichtige Organe von Kapitalgesellschaften, § 26 Abs. 3 InsO	139
G. Einklagbarer Vorschussanspruch gegen antragspflichtige Organe von Kapitalgesellschaften, § 26 Abs. 4 InsO. . . . .	140
<b>Kapitel 6 Verfahrenseröffnung und ihre Wirkungen. . . . .</b>	<b>144</b>
A. Eröffnungsbeschluss . . . . .	146
I. Inhalt . . . . .	148
1. Notwendiger Inhalt des Eröffnungsbeschlusses. . . . .	148
2. Fakultative Anordnungen . . . . .	151
II. Wirksamkeit des Eröffnungsbeschlusses . . . . .	151
1. Formelle Wirksamkeit . . . . .	152
2. Materielle Wirksamkeit . . . . .	153
3. Rechtskraft . . . . .	153
4. Nachholung . . . . .	154
5. Berichtigung . . . . .	154
III. Bekanntmachung . . . . .	154
1. Öffentliche Bekanntmachung . . . . .	155
2. Zustellung . . . . .	155
IV. Rechtsmittel . . . . .	155
1. Ablehnung der Eröffnung . . . . .	156
2. Beschwerde gegen die Verfahrenseröffnung . . . . .	158
3. Beschwerdeverfahren . . . . .	160
4. Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses. . . . .	161
V. Insolvenzverwalter . . . . .	163
1. Auswahl . . . . .	164
2. Bestellung. . . . .	168
3. Wahl des Insolvenzverwalters. . . . .	171
4. Entlassung des Insolvenzverwalters. . . . .	173
VI. Aufforderungen an Gläubiger und Schuldner . . . . .	176
1. Frist zur Forderungsanmeldung . . . . .	176
2. Sicherungsrechte . . . . .	178
3. Leistungen an den Schuldner. . . . .	179
VII. Terminsbestimmungen . . . . .	180
1. Berichtstermin. . . . .	180
2. Prüfungstermin . . . . .	181
3. Verbindung der Termine. . . . .	181
4. Terminsfolge. . . . .	181
5. Ort und Tagesordnung. . . . .	181
6. Abstimmung der Termine. . . . .	182
VIII. Register- und Grundbucheintragung. . . . .	182
1. Register gem. § 31 InsO . . . . .	182
2. Grundbuch. . . . .	183
3. Schiffe und Luftfahrzeuge . . . . .	187
B. Wirkungen der Verfahrenseröffnung. . . . .	188
I. Einteilung der Gläubiger . . . . .	188
1. Insolvenzgläubiger . . . . .	189
2. Massegläubiger . . . . .	200
II. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis. . . . .	209
1. Insolvenzverwalter . . . . .	209
2. Vorläufiger Insolvenzverwalter . . . . .	214
3. Unwirksamkeit von Veräußerungsverboten . . . . .	216
4. Unwirksamkeit von Verfügungen. . . . .	217
III. Rechtserwerb nach Verfahrenseröffnung. . . . .	224
1. Vollstreckung durch Insolvenzgläubiger. . . . .	224

	2. Vollstreckung bei Masseverbindlichkeiten . . . . .	227
	3. Sonstiger Rechtserwerb. . . . .	228
IV.	Gesamtschaden . . . . .	234
	1. Gesamtschadensliquidation. . . . .	234
	2. Anspruchsgrund . . . . .	235
	3. Rechtsfolge. . . . .	236
	4. Schaden . . . . .	238
	5. Ansprüche nach Insolvenzeröffnung. . . . .	238
	6. Ansprüche vor Insolvenzeröffnung. . . . .	238
	7. Aufrechnung. . . . .	240
	8. Rechtsstreit. . . . .	240
V.	Rechtsstreitigkeiten. . . . .	240
	1. Prozessführungsrecht . . . . .	240
	2. Verfahrensunterbrechung . . . . .	241
	3. Aktivprozesse . . . . .	246
	4. Passivprozesse . . . . .	249
	5. Schuldenmassestreit . . . . .	251
VI.	Pflichten des Schuldners . . . . .	254
	1. Auskunftspflicht . . . . .	254
	2. Mitwirkungspflicht . . . . .	256
	3. Durchsetzung . . . . .	257
	4. Postsperre . . . . .	257
	5. Organvertreter und Angestellte . . . . .	258
	6. Unterhalt . . . . .	259
<b>Kapitel 7 Verträge in der Insolvenz. . . . .</b>		<b>261</b>
A.	Einführung, Grundlagen und Systematik. . . . .	263
	I. Problemlage. . . . .	264
	II. Regelungsgehalt der §§ 55 Abs. 1 Nr. 2, 103 InsO . . . . .	265
	III. Schlussfolgerungen . . . . .	265
	1. Fortbestehen von Vertragsverhältnissen . . . . .	265
	2. Das Fortbestehen des Synallagma. . . . .	266
	IV. Stand und Entwicklung der Rechtsprechung . . . . .	266
	V. Modifikationen und Ausnahmen der Regel . . . . .	267
	VI. Exkurs: Das erneute Wahlrecht im Fall der Masseunzulänglichkeit. . . . .	267
	VII. Vorläufige Insolvenzverwaltung, Eigenverwaltung, Vereinfachtes Insolvenzverfahren. . . . .	268
B.	Der Grundfall des § 103 InsO. . . . .	269
	I. Anwendungsbereich des § 103 InsO . . . . .	269
	II. Rechtslage vor Ausübung des Wahlrechts . . . . .	271
	III. Rechtslage bei Nichterfüllungswahl. . . . .	271
	IV. Rechtslage bei Erfüllungswahl . . . . .	273
	1. Allgemeines . . . . .	273
	2. Problem: Sicherungsrechte Dritter/Aufrechnung . . . . .	273
	V. Ausübung des Wahlrechts . . . . .	274
C.	Modifikation gem. § 105 InsO: Teilbare Leistungen . . . . .	278
	I. Grundlagen . . . . .	278
	II. Exkurs: Materiell-rechtliche Wirkungen des § 105 InsO . . . . .	278
	III. Teilbare Leistung . . . . .	279
	IV. Rechtsfolgen . . . . .	280
	1. Grundsatz. . . . .	280
	2. Problem: Zuordnung von Forderungen. . . . .	280
	V. Die Regelung des § 105 Satz 2 InsO . . . . .	281
D.	Privilegierte Ansprüche (§§ 106, 107 Abs. 1 InsO) . . . . .	282
	I. Erfasste Ansprüche . . . . .	282
	1. Vormerkung, § 106 InsO . . . . .	282
	2. Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers, § 107 Abs. 1 InsO . . . . .	284
	II. Rechtsfolgen . . . . .	284
E.	Privilegierte Rechtsverhältnisse (§ 108 InsO) . . . . .	285

Inhaltsverzeichnis

I. Miet- und Pachtverhältnisse über unbewegliche Gegenstände . . . . . 286

1. Anwendungsbereich . . . . . 286

2. Rechtsfolgen . . . . . 287

3. Regelung der Folgefragen . . . . . 287

II. Miet- und Pachtverhältnisse über bewegliche Gegenstände . . . . . 294

III. Dienstverhältnisse. . . . . 294

1. Schuldner als Dienstberechtigter . . . . . 294

2. Schuldner als Dienstverpflichteter . . . . . 295

IV. Darlehensverträge . . . . . 296

V. Überweisungs-, Zahlungs- und Übertragungsverträge . . . . . 296

E. Geschäftsbesorgung, Auftrag und Vollmacht . . . . . 297

I. Verfehlung des Regelungszwecks. . . . . 297

II. Regelungsgehalt der §§ 115, 116 InsO . . . . . 297

1. Anwendungsbereich . . . . . 297

2. Rechtsfolgen . . . . . 298

III. Regelungsgehalt § 117 InsO . . . . . 299

IV. Notgeschäftsführung, § 115 Abs. 2 InsO . . . . . 299

V. Gutgläubensschutz, §§ 115 Abs. 3, 117 Abs. 3 InsO . . . . . 299

G. Ausnahme gem. § 104 InsO: Fixgeschäfte und Finanzleistungen. . . . . 300

I. Normzweck . . . . . 300

II. Anwendungsbereich . . . . . 300

III. Rechtsfolgen . . . . . 300

H. Verbotene Klauseln nach § 119 InsO . . . . . 301

**Kapitel 8 Aus- und Absonderungsrechte . . . . . 304**

A. Aussonderung . . . . . 309

I. Allgemeines . . . . . 309

1. Aussonderungsberechtigte . . . . . 309

2. Gegenstand der Aussonderung. . . . . 310

3. Bestimmtheitsgrundsatz . . . . . 310

4. Prioritätsgrundsatz . . . . . 311

5. Aussonderungskosten . . . . . 311

6. Aussonderungsrechtsstreit . . . . . 312

7. Wertersatz. . . . . 313

II. Sicherungs- und Erhaltungspflicht des Insolvenzverwalters . . . . . 314

III. Auskunftsanspruch des Aussonderungsberechtigten . . . . . 314

IV. Pflichten des Insolvenzverwalters bei Prüfung des Aussonderungsanspruchs . . . . . 315

V. Aussonderung aufgrund einfachem Eigentumsvorbehalts . . . . . 315

1. Begriff und allgemeine Bedeutung des EV . . . . . 315

2. Die Begründung des EV . . . . . 316

3. EV des Verkäufers bei abweichenden Einkaufsbedingungen . . . . . 317

4. Insolvenz des EV-Käufers . . . . . 318

5. Insolvenz des EV-Verkäufers . . . . . 319

6. Wegfall des Eigentumsvorbehalts . . . . . 319

7. Gutgläubiger Eigentumserwerb . . . . . 320

8. EV mit Verarbeitungsklausel . . . . . 320

VI. Aussonderungsrecht und Gesellschafterdarlehen . . . . . 321

VII. Sonstige Aussonderungsrechte . . . . . 321

1. Besitz und Eigentum . . . . . 321

2. Treuhandverhältnisse . . . . . 323

3. Bankkonten . . . . . 323

4. Erbschaftsanspruch . . . . . 325

5. Beschränkt dingliche Rechte . . . . . 326

6. Forderungen . . . . . 326

7. Leasing von beweglichen Sachen . . . . . 327

8. Gewerbliche Schutzrechte, Urheberrecht und Recht am eigenen Bild . . . . . 327

9. Direktversicherung. . . . . 328

10. Sonstige Ansprüche . . . . . 329



B.	Ersatzaussonderung und Ersatzabsonderung. . . . .	330
I.	Voraussetzungen. . . . .	330
	1. Aussonderungsgegenstand. . . . .	331
	2. Veräußerung. . . . .	331
	3. Verfügender. . . . .	332
	4. Entgeltlichkeit. . . . .	332
	5. Unberechtigt. . . . .	333
II.	Rechtsfolgen. . . . .	336
	1. Herausgabe Gegenleistung. . . . .	336
	2. Unterscheidbarkeit. . . . .	336
	3. Rückgewähransprüche nach Insolvenzanfechtung. . . . .	337
III.	Beweislast. . . . .	338
C.	Absonderungsrecht. . . . .	338
I.	Allgemeines. . . . .	338
	1. Begriff. . . . .	338
	2. Absonderungsberechtigte. . . . .	338
	3. Gesicherte Forderungen. . . . .	339
	4. Absonderungsrechtsstreit. . . . .	339
II.	Absonderungsrechte am unbeweglichen Vermögen. . . . .	340
	1. Grundsatz. . . . .	340
	2. Enthftung von Bestandteilen und Zubehör. . . . .	341
	3. Liegenschaftsvollstreckung. . . . .	342
III.	Pfandrechte. . . . .	343
	1. Vertragspfandrecht. . . . .	343
	2. Pfändungspfandrecht. . . . .	344
	3. gesetzliche Pfandrechte. . . . .	345
IV.	Sonstige Absonderungsberechtigte (§ 51 InsO). . . . .	347
	1. Sicherungsübertragung (§ 51 Nr. 1 InsO). . . . .	347
	2. Absonderungsrecht aufgrund Eigentumsvorbehalt. . . . .	347
	3. Interessenkonflikt zwischen Waren- und Geldkreditgläubiger. . . . .	351
	4. Die Sicherungsübereignung. . . . .	352
	5. Weitere Absonderungsrechte. . . . .	358
V.	Verwertung des Absonderungsgutes. . . . .	358
	1. Verwertung bewegliche Sachen. . . . .	358
	2. Verwertung Forderungen. . . . .	360
	3. Gläubigerverwertung. . . . .	360
	4. Verwertung in der Eigenverwaltung. . . . .	361
	5. Auskunftsansprüche. . . . .	361
	6. Mitteilung der Veräußerungsabsicht. . . . .	362
	7. Kostenbeiträge. . . . .	363
	8. Zinszahlungspflicht. . . . .	364
	9. Freigabe durch den Insolvenzverwalter. . . . .	364
	10. Verwertung von Immobiliarsicherheiten. . . . .	365
VI.	Benutzung des Absonderungsgutes. . . . .	365
	1. Berechtigung. . . . .	365
	2. Gegenstände der Benutzung. . . . .	365
	3. Reichweite der Benutzung. . . . .	366
	4. Wertersatz und Zinszahlung. . . . .	366
D.	StaRUG. . . . .	367
E.	Poolverträge. . . . .	367
I.	Grundsätze. . . . .	367
II.	Arten von Poolverträgen. . . . .	368
III.	Vertragsabschluss. . . . .	369
	1. Vor Eintritt der Krise. . . . .	369
	2. Nach Eintritt der Krise. . . . .	369
	3. Vereinbarungen mit dem Insolvenzverwalter. . . . .	370
IV.	Anfechtung von Poolverträgen. . . . .	370
	1. Allgemeines. . . . .	370

## Inhaltsverzeichnis

---

2. Anfechtbarkeit der in den Pool eingebrachten Werte. . . . .	370
3. Anfechtbarer Erwerb innerhalb des Pools . . . . .	370
<b>Kapitel 9 Insolvenzanfechtung</b> . . . . .	<b>371</b>
A. Einführung . . . . .	371
B. Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	373
I. Erforderlichkeit einer Anfechtung. . . . .	374
1. Rückschlagsperre (§ 88 InsO) . . . . .	374
2. Anfechtbare Aufrechnungslage (§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO) . . . . .	375
3. Sonstige Unwirksamkeitsgründe. . . . .	375
II. Verjährungseinrede . . . . .	375
III. Einschränkungen der Anfechtung durch das StaRUG . . . . .	376
IV. Einschränkungen der Anfechtung durch das SanInsKG . . . . .	379
V. § 129 InsO . . . . .	383
1. Rechtshandlung. . . . .	383
2. Zeitpunkt der Vornahme der Rechtshandlung (§ 140 InsO) . . . . .	386
3. Gläubigerbenachteiligung . . . . .	388
4. Kausalität . . . . .	390
5. Bargeschäft (§ 142 InsO) . . . . .	391
C. Die einzelnen Anfechtungstatbestände . . . . .	395
I. Überblick . . . . .	395
II. Besondere Insolvenzanfechtung (§§ 130 bis 132 InsO) . . . . .	396
1. Gemeinsame Tatbestandsmerkmale . . . . .	396
2. Kongruente Deckung (§ 130 InsO) . . . . .	400
3. Inkongruente Deckung (§ 131 InsO) . . . . .	405
4. Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen (§ 132 InsO) . . . . .	407
5. Einzelfälle. . . . .	408
III. Vorsätzliche Benachteiligung (§ 133 InsO). . . . .	412
1. Objektiver Tatbestand . . . . .	412
2. Subjektiver Tatbestand . . . . .	414
3. Beweislast. . . . .	415
IV. Unentgeltliche Leistung (§ 134 InsO) . . . . .	422
1. Tatbestand . . . . .	422
2. Beweislast. . . . .	424
V. Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO) . . . . .	425
1. Objektiver Tatbestand . . . . .	426
2. Subjektiver Tatbestand . . . . .	429
3. Nutzungsüberlassung (Abs. 3) . . . . .	429
4. Sanierungs- und Kleinbeteiligtenprivileg (Abs. 4) . . . . .	430
5. Beweislast. . . . .	430
VI. Stille Gesellschaft (§ 136 InsO) . . . . .	431
D. Geltendmachung und Wirkung der Anfechtung. . . . .	431
I. Anfechtungsberechtigter . . . . .	431
II. Anfechtungsgegner . . . . .	432
III. Entstehen und Inhalt des Anfechtungsanspruchs. . . . .	433
IV. Rechtsfolgen der Anfechtung . . . . .	433
V. Erlöschen des Anfechtungsrechts . . . . .	435
E. Prozessuale Fragen . . . . .	435
<b>Kapitel 10 Aufrechnung in der Insolvenz</b> . . . . .	<b>439</b>
A. Einführung . . . . .	439
B. Bei Insolvenzeröffnung bestehende Aufrechnungslage (§ 94 InsO) . . . . .	439
I. Aufrechnung nach §§ 387 ff. BGB . . . . .	440
II. Vertraglich vereinbarte Aufrechnung . . . . .	441
III. Aufrechnungsverbote außerhalb der InsO . . . . .	442
IV. Erklärung und Wirkung der Aufrechnung . . . . .	443
C. Eintritt der Aufrechnungslage nach Insolvenzeröffnung (§ 95 InsO) . . . . .	443
I. Bedingte Forderungen. . . . .	444

II.	Forderungen mit ungleicher Fälligkeit . . . . .	446
III.	Ungleichartige Forderungen . . . . .	446
IV.	Forderungen in verschiedenen Währungen . . . . .	447
D.	Insolvenzrechtliche Aufrechnungsverbote (§ 96 InsO) . . . . .	447
I.	§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO . . . . .	448
II.	§ 96 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	449
III.	§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . . .	450
IV.	§ 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO . . . . .	452
E.	Einzelfragen . . . . .	452
I.	Aufrechnung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	452
II.	Aufrechnung durch Massegläubiger . . . . .	453
III.	Aufrechnungslage im Insolvenzeröffnungsverfahren . . . . .	454
IV.	Anfechtungsansprüche . . . . .	454
V.	Steuerforderungen/Steuererstattungsansprüche . . . . .	455
VI.	Rückgriffsansprüche . . . . .	456
F.	Prozessuale Fragen . . . . .	456
<b>Kapitel 11 Forderungsanmeldung, Forderungsprüfung und Verteilung an die Insolvenzgläubiger . . . . .</b>		<b>457</b>
A.	Einteilung der Insolvenzgläubiger . . . . .	457
I.	Reguläre Insolvenzforderungen nach § 38 InsO . . . . .	457
II.	Nachrangige Insolvenzforderungen (§ 39 InsO) . . . . .	458
1.	Gesellschafterdarlehen, § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO . . . . .	458
2.	Forderungen mit Rangrücktritt . . . . .	460
3.	Sicherungsrechte an nachrangigen Insolvenzforderungen . . . . .	461
4.	Praktische Relevanz nachrangiger Insolvenzforderungen . . . . .	461
III.	Exkurs: Masseverbindlichkeiten . . . . .	462
B.	Forderungsanmeldung und Prüfung der Forderungen . . . . .	462
I.	Forderungsanmeldung . . . . .	462
1.	Aufforderung durch das Insolvenzgericht . . . . .	462
2.	Frist zur Forderungsanmeldung . . . . .	463
3.	Form der Forderungsanmeldung . . . . .	464
4.	Zurückweisung durch Insolvenzverwalter . . . . .	466
5.	Rücknahme durch Insolvenzgläubiger . . . . .	466
6.	Hemmung der Verjährung . . . . .	467
II.	Insolvenztabelle . . . . .	468
1.	Anlage durch Insolvenzverwalter . . . . .	468
2.	Niederlegung . . . . .	468
3.	Führung durch das Insolvenzgericht . . . . .	469
4.	Gläubigerinformationssystem (GIS) . . . . .	469
III.	Prüfungstermin . . . . .	471
1.	Lage des Termins . . . . .	471
2.	Ablauf des Prüfungstermins . . . . .	471
3.	Prüfungsergebnisse . . . . .	472
IV.	Feststellungsrechtsstreit . . . . .	476
1.	Betreibenslast . . . . .	477
2.	Zulässigkeit der Feststellungsklage . . . . .	479
3.	Wirkung der Entscheidung . . . . .	480
V.	Nachträgliche Änderungen der Insolvenztabelle . . . . .	480
C.	Befriedigung der Insolvenzgläubiger . . . . .	481
I.	Verteilungsverzeichnis . . . . .	481
1.	Bestrittene Forderungen in der Schlussverteilung . . . . .	482
2.	Absonderungsberechtigte Forderungen in der Schlussverteilung . . . . .	483
3.	Aufschiebend bedingte Forderungen in der Schlussverteilung . . . . .	484
4.	Auflösend bedingte Forderungen in der Schlussverteilung . . . . .	484
II.	Abschlagsverteilung . . . . .	484
III.	Nachtragsverteilung . . . . .	485
1.	Verteilungsfähiger Massezufluss . . . . .	487

**Inhaltsverzeichnis**

2. Nachtragsverteilung bei Verfahrenseinstellung .....	488
<b>Kapitel 12 Masseunzulänglichkeit .....</b>	<b>489</b>
A. Vorbemerkung .....	491
B. Regelungsdefizite der früheren Rechtsordnungen .....	492
C. Außerkraftsetzung der Abweisung und Einstellung mangels Masse durch die Stundungsvorschriften .....	493
D. Massekostenarmut i.S.d. § 207 InsO .....	494
I. Differenzierung zwischen fehlender Kostendeckung nach § 207 InsO und drohender oder bereits eingetretener Masseinsuffizienz nach §§ 208 ff. InsO .....	494
II. Feststellung der fehlenden Massekostendeckung i.S.d. § 207 InsO .....	495
1. Zuständigkeit des Insolvenzverwalters für den Antrag auf Einstellung des Insolvenzverfahrens mangels Masse .....	496
2. Ermittlung der fehlenden Kostendeckung .....	497
3. Vorlage einer zeitnahen Kostendeckungsbilanz zum Nachweis der fehlenden Kostendeckung .....	499
4. Überprüfung der Anzeige fehlender Massekostendeckung durch das Insolvenzgericht ..	500
5. Entbehrlichkeit der Veröffentlichung des Antrags auf Einstellung des Verfahrens mangels Deckung der Verfahrenskosten .....	500
III. Ausschluss der Verfahrenseinstellung nach § 207 Abs. 1 InsO bei Stundung der Verfahrenskosten .....	501
IV. Keine Verfahrenseinstellung bei Kostendeckung durch Vorschussleistungen .....	502
1. Bestimmung des Verfahrenskostenvorschusses im Fall des § 207 Abs. 1 Satz 2 InsO ..	502
2. Vorschussfestsetzung durch das Insolvenzgericht .....	503
3. Behandlung des eingezahlten Verfahrenskostenvorschusses durch den Insolvenzverwalter als Sondermasse .....	503
4. Strategische Überlegungen vor der Übernahme von Vorschussleistungen .....	504
5. Einzahlungsberechtigte Beteiligte im Fall des § 207 Abs. 1 Satz 2 InsO .....	504
6. Kostenerstattungsanspruch gegen Gesellschaftsorgane bei Insolvenzverschleppung ...	505
V. Gläubigerbeteiligung im Einstellungsverfahren nach § 207 InsO .....	506
VI. Fortbestehende Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters vor einer Einstellung mangels Kostendeckung nach § 207 Abs. 1 InsO .....	507
1. Ausschluss der Rückforderung früherer Auszahlungen .....	508
2. Kein genereller Ausschluss weiterer Verwertungshandlungen des Verwalters .....	509
3. Fortführung anhängiger Prozesse – Ablehnung von Prozesskostenhilfe bei Massekostenarmut .....	509
4. Beendigung der steuerlichen Pflichten des Verwalters .....	511
VII. Beschluss des Insolvenzgerichts über die Einstellung des Verfahrens mangels Kostendeckung .....	511
1. Öffentliche Bekanntmachung des Einstellungsbeschlusses, Vorabinformation über den Zeitpunkt und das Wirksamwerden des Einstellungsbeschlusses und Rückfall der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis auf den Schuldner – § 215 Abs. 1, 2 InsO .....	512
2. Zulässigkeit der Anfechtung des Einstellungsbeschlusses durch Insolvenzgläubiger und Schuldner – § 216 Abs. 1 InsO .....	512
VIII. Rechtsfolgen der Einstellung mangels Verfahrenskostendeckung .....	514
1. Konsequenzen der Einstellung mangels Kostendeckung für das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über die Insolvenzmasse .....	514
2. Zulässigkeit von Nachtragsverteilungen nach einer Einstellung mangels Masse .....	516
3. Eintritt der uneingeschränkten Nachhaftung des Schuldners .....	517
4. Keine Eintragung des Schuldners ins Schuldnerverzeichnis .....	518
5. Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen des Schuldners .....	518
6. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Einstellung mangels Kostendeckung .....	519
E. Masseunzulänglichkeit im weiteren Sinne – §§ 208 ff. InsO .....	520
I. Das Verfahren bei Masseunzulänglichkeit als eigenständiges Insolvenzverfahren .....	520
II. Feststellung der fehlenden Deckung der sonstigen Masseverbindlichkeiten durch den Insolvenzverwalter .....	522
1. Dokumentation des Eintritts der Masseunzulänglichkeit durch den Verwalter .....	523
2. Haftungsrechtliche Verantwortlichkeit des Verwalters bei Masseinsuffizienz .....	526

	3. Veröffentlichung der Anzeige der Masseinsuffizienz durch das Insolvenzgericht – maßgeblicher Zeitpunkt für den Eintritt ins masseunzulängliche Verfahren . . . . .	528
III.	Keine Gläubigerbeteiligung i.R.d. Anzeige des Insolvenzverwalters und des nachfolgenden Verfahrens nach den §§ 208 ff. InsO . . . . .	529
IV.	Erscheinungsformen der Masseunzulänglichkeit i.S.d. §§ 208 ff. InsO . . . . .	530
	1. Anzeige der bereits eingetretenen Masseinsuffizienz . . . . .	530
	2. Maßgaben für die Anzeige der »drohenden Masseunzulänglichkeit« i.S.d. § 208 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	531
	3. Unzulässigkeit der prophylaktischen Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	533
	4. Unzulässigkeit der Anzeige im Hinblick auf eventuelle Masseverbindlichkeiten . . . . .	534
	5. Die verspätete Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	534
V.	Wiederholte Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	534
VI.	Zulässigkeit der Rückkehr ins regelgerechte Verfahren . . . . .	536
VII.	Fortbestand der Verwaltungs- und Verwertungsrechte des Insolvenzverwalters – Gebot der beschleunigten Abwicklung . . . . .	538
VIII.	Rechtsfolgen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit für das weitere Verfahren und die Rechtsstellung der Beteiligten . . . . .	541
	1. Prozessuale Folgen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	541
	2. Weiterführung anhängiger Anfechtungsprozesse nach der Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	544
	3. Zulässigkeit einer weiteren Insolvenzanfechtung nach Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	546
	4. Nochmalige Erfüllungswahl bei gegenseitigen Verträgen nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	547
	5. Vollstreckungsrechtliche Auswirkungen der Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	547
	6. Entsprechende Anwendung der Aufrechnungsverbote . . . . .	550
	7. Verbot des Erwerbs von Sicherungsrechten an Gegenständen der Insolvenzmasse nach Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	551
IX.	Befriedigung der Massegläubiger nach Maßgabe des § 209 InsO . . . . .	551
	1. Vorrangigkeit der Kosten des Insolvenzverfahrens – § 209 Abs. 1 Nr. 1 InsO . . . . .	553
	2. Neumasseverbindlichkeiten i.S.d. § 209 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	554
	3. Befriedigung der nachrangigen Massegläubiger – § 209 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . . .	556
X.	Erlass des Einstellungsbeschlusses durch das Insolvenzgericht . . . . .	557
	1. Mitteilung des Abschlusses der Verteilung der Insolvenzmasse an das Insolvenzgericht und Vorlage von Massegläubigerlisten . . . . .	557
	2. Abschluss der Verwertung und Verteilung durch den Verwalter . . . . .	558
	3. Die Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters . . . . .	559
	4. Weitere Folgen der Verfahrenseinstellung . . . . .	560
XI.	Zulässigkeit von Insolvenzplanverfahren nach Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	560
<b>Kapitel 13 Beendigung des Verfahrens . . . . .</b>		<b>564</b>
A.	Aufhebung nach Schlussverteilung . . . . .	564
	I. Voraussetzungen . . . . .	564
	1. Finalisierung der Tabelle . . . . .	565
	2. Verteilungsverzeichnis . . . . .	565
	II. Verfahren . . . . .	566
	1. Formelle und materielle Schlussrechnungsprüfung . . . . .	566
	2. Schlussverzeichnis . . . . .	569
	3. Verfahren nach Genehmigung der Schlussverteilung . . . . .	570
	4. Rechtsmittel . . . . .	574
	5. Rechtsfolgen . . . . .	575
B.	Aufhebung nach Insolvenzplan . . . . .	576
	I. Verfahren . . . . .	576
	II. Rechtswirkungen . . . . .	576
	III. Rechtsmittel . . . . .	576
C.	Einstellung des Verfahrens . . . . .	576
	I. Einstellung mangels Masse § 207 InsO . . . . .	576
	1. Verfahren . . . . .	576
	2. Rechtswirkungen . . . . .	578

Inhaltsverzeichnis

3. Rechtsmittel . . . . .	579
II. Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit § 211 InsO . . . . .	579
1. Verfahren . . . . .	579
2. Rechtsfolgen . . . . .	580
3. Rechtsmittel . . . . .	581
III. Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrundes § 212 InsO. . . . .	581
1. Voraussetzungen . . . . .	581
2. Verfahren . . . . .	581
3. Rechtswirkungen . . . . .	582
4. Rechtsmittel . . . . .	582
IV. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger § 213 InsO . . . . .	582
1. Verfahren . . . . .	582
2. Rechtswirkungen . . . . .	583
3. Rechtsmittel . . . . .	583
V. Verfahrensbeendigung – öffentliche Bekanntmachung . . . . .	583
VI. Weitere Folgen . . . . .	584
<b>Kapitel 14 Insolvenzplan . . . . .</b>	<b>585</b>
A. Einleitung. . . . .	586
I. Zweck und möglicher Vorteil eines Insolvenzplanverfahrens . . . . .	587
II. Arten eines Insolvenzplans . . . . .	588
III. Anwendungsbereich . . . . .	589
IV. Rechtsnatur des Insolvenzplans. . . . .	590
V. Auslegung eines Insolvenzplans. . . . .	591
B. Gliederung und Inhalt des Insolvenzplans . . . . .	591
I. Allgemeine Verfahrensdaten . . . . .	591
II. Darstellender Teil des Insolvenzplans. . . . .	591
1. Ziel und Regelungsstruktur des Insolvenzplans. . . . .	593
2. Gruppenbildung . . . . .	593
3. Wesentliche Informationen zum Schuldner . . . . .	593
4. Noch durchzuführende Maßnahmen . . . . .	597
5. Leitlinien des zukünftigen Unternehmens . . . . .	597
6. Vergleichsrechnung/Quotenermittlung für die Gläubiger bei Durchführung des Regel- insolvenzverfahrens . . . . .	597
7. Eingriff in Rechte von Insolvenzgläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten . . .	599
8. Ergebnis für die Gläubiger bei Annahme des Insolvenzplans . . . . .	599
9. Sonstige Angaben im darstellenden Teil. . . . .	599
10.Im Abstimmungstermin vorgesehener Beschluss. . . . .	599
III. Gestaltender Teil des Insolvenzplans . . . . .	599
1. Beteiligte . . . . .	600
2. Sonderproblem: Unterhaltsforderungen ab Verfahrenseröffnung. . . . .	601
3. Sonderproblem: Vergütungsregelungen im Plan . . . . .	601
4. Gruppenbildung . . . . .	602
5. Regelungsmöglichkeiten . . . . .	607
6. Verzichts- und Abgeltungsklauseln . . . . .	618
7. Salvatorische Klauseln . . . . .	619
8. Sonstige zulässige Inhalte des gestaltenden Teils . . . . .	619
9. Wahrung der Rechtsstellung des Fiskus wegen einer Steuerstraftat nach § 370 AO . . .	620
10.Planberichtigungsrecht . . . . .	620
IV. Anlagen zum Insolvenzplan . . . . .	621
1. Pflichtanlagen . . . . .	621
2. Fakultative Anlagen . . . . .	624
C. Ablauf des Insolvenzplanverfahrens. . . . .	624
I. Vorlage des Insolvenzplans. . . . .	624
1. Planvorlage durch den Insolvenzverwalter . . . . .	624
2. Planvorlage durch den Schuldner . . . . .	627
3. Planvorlage durch den Sachwalter . . . . .	628
II. Plankonkurrenz bei mehreren Insolvenzplänen . . . . .	628

1. Gleichzeitige Vorlage mehrerer Pläne durch einen Vorlageberechtigten . . . . .	629
2. Gleichzeitige Vorlage mehrerer Pläne durch verschiedene Vorlageberechtigten . . . . .	629
3. Nachfolgende Vorlage mehrerer Pläne. . . . .	630
III. Gerichtliches Vorprüfungsverfahren . . . . .	631
1. Zurückweisung des Plans . . . . .	632
2. Stellungnahmen zum Plan . . . . .	637
3. Aussetzung von Verwertung und Verteilung. . . . .	637
4. Niederlegung des Plans. . . . .	638
IV. Annahme und Bestätigung des Insolvenzplans . . . . .	639
1. Erörterungs- und Abstimmungstermin . . . . .	639
2. Obstruktionsverbot . . . . .	650
3. Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger . . . . .	657
4. Zustimmung der Anteilsinhaber . . . . .	657
5. Zustimmung des Schuldners . . . . .	657
6. Gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans . . . . .	658
7. Bekanntgabe der Entscheidung . . . . .	667
8. Rechtsmittel . . . . .	668
V. Aufhebung des Insolvenzverfahrens. . . . .	674
1. Planerfüllung . . . . .	675
2. Behandlung von Masseansprüchen. . . . .	675
3. Fortbestehende Durchführbarkeit des Insolvenzplans . . . . .	676
4. Erfordernis einer Schlussrechnung und eines Schlusstermins . . . . .	677
5. Verfahren . . . . .	678
6. Wirkungen der Verfahrensaufhebung . . . . .	678
D. Wirkungen des bestätigten Insolvenzplans . . . . .	680
I. Allgemeine Wirkungen des Insolvenzplans . . . . .	680
II. Rechte an Gegenständen, Sonstige Wirkungen des Plans . . . . .	681
III. Desinteressierte Insolvenzgläubiger und dissentierende Beteiligte. . . . .	682
1. Problem der »Nachzügler«. . . . .	683
2. Die Lösung nach dem ESUG . . . . .	684
3. Zulässigkeit von Ausschlussklauseln für bestrittene Forderungen und Ausfallforderungen . . . . .	687
IV. Wiederauflebensklausel . . . . .	688
V. Vollstreckung aus dem Plan . . . . .	690
VI. Steuerliche Folgen des Insolvenzplans . . . . .	691
1. Sanierungsgewinn . . . . .	691
2. Steuerfestsetzung nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens . . . . .	694
E. Überwachung der Planerfüllung. . . . .	695
I. Gegenstand der Überwachung . . . . .	696
II. Person des Überwachenden . . . . .	697
III. Aufgaben und Befugnisse des Planüberwachers. . . . .	697
IV. Kreditrahmen . . . . .	698
V. Dauer, Aufhebung und Kosten der Überwachung . . . . .	700
VI. Sonderproblem: Planüberwachung und Insolvenzgeld . . . . .	702
<b>Kapitel 15 Eigenverwaltung</b> . . . . .	<b>703</b>
A. Einleitung. . . . .	704
I. Zweck der Eigenverwaltung . . . . .	706
II. Grundzüge der Regelung. . . . .	707
III. Anwendungsbereich . . . . .	709
B. Anordnung der Eigenverwaltung . . . . .	710
I. Anordnung im Eröffnungsbeschluss . . . . .	710
1. Voraussetzungen . . . . .	710
2. Entscheidung des Gerichts . . . . .	731
II. Nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung . . . . .	735
1. Voraussetzungen . . . . .	735
2. Entscheidung des Gerichts . . . . .	736
III. Schutzschirmverfahren . . . . .	737



## Inhaltsverzeichnis

---

1. Voraussetzungen .....	738
2. Entscheidung des Gerichts .....	742
3. Beendigung des Schutzschirmverfahrens .....	744
C. Aufgaben und Befugnisse im Verfahren der Eigenverwaltung .....	745
I. Rechtsstellung des Schuldners .....	746
1. Mittel zur Lebensführung des Schuldners .....	748
2. Unterrichtung der Gläubiger .....	748
3. Verwertung von Sicherungsgut .....	749
4. Befriedigung der Insolvenzgläubiger .....	750
5. Prozessführung .....	750
6. Haftung des Schuldners .....	751
II. Rechtsstellung des Sachwalters .....	751
1. Aufsicht über den Schuldner .....	752
2. Übernahme der Kassenführung .....	752
3. Haftung, Insolvenzanfechtung .....	753
4. Unterrichtung der Gläubiger .....	753
5. Führung der Insolvenztabelle .....	753
6. Befriedigung der Insolvenzgläubiger .....	754
7. Anzeige der Masseunzulänglichkeit .....	754
III. Rechtsstellung von Gesellschaftsorganen des Schuldners .....	755
D. Aufhebung der Eigenverwaltung .....	756
I. Antrag der Gläubigerversammlung .....	757
II. Antrag eines Gläubigers .....	758
III. Antrag des Schuldners .....	759
IV. Eigenständiges Aufhebungsrecht des Gerichts .....	760
V. Entscheidung des Gerichts .....	760
E. Insolvenzplanverfahren in Eigenverwaltung .....	762
I. Vorlage des Insolvenzplans .....	762
1. Planvorlage durch den Schuldner .....	763
2. Planvorlage durch den Sachwalter .....	764
II. Besonderheiten des Ablaufs eines Insolvenzplanverfahrens in Eigenverwaltung .....	765
III. Überwachung der Planerfüllung .....	765
<b>Kapitel 16 Konzerninsolvenzrecht .....</b>	<b>767</b>
A. Einführung .....	770
I. Notwendigkeit für die Kodifizierung eines Konzerninsolvenzrechts .....	770
II. Konzepte für die Kodifizierung eines Konzerninsolvenzrechts .....	771
1. Konzept der materiellen Konsolidierung .....	771
2. Konzept der verfahrensmäßigen Konsolidierung .....	772
3. Konzept der Verfahrenszentralisierung und -koordinierung .....	773
4. Konzept der EuInsVO .....	773
III. Historie des Gesetzgebungsverfahrens .....	773
B. Unternehmensgruppe (§ 3e InsO) .....	774
I. Begriff der Unternehmensgruppe .....	774
1. Rechtlich selbstständige Unternehmen .....	776
2. Mittelbare oder unmittelbare Verbindung .....	776
3. Gruppenmitglieder aus anderen Mitgliedstaaten .....	779
II. Kapitalistische Personengesellschaft .....	779
III. Konzernbegriff der EuInsVO .....	780
C. Gruppen-Gerichtsstand .....	781
I. Inhalt und Zweck der Vorschrift .....	781
II. Voraussetzungen für die Bildung eines Gruppen-Gerichtsstands .....	782
1. Eröffnungsantrag des Schuldners .....	783
2. Eröffnungsantrag eines Gläubigers .....	786
3. Antrag zur Begründung eines Gruppen-Gerichtsstands .....	786
4. Inhaltliche Angaben zur Begründung eines Gruppen-Gerichtsstands .....	788
III. Pflichtangaben und Unterlagen nach § 13a InsO .....	791
1. Angaben nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	791



	2. Gemeinsames Interesse an der Verfahrenskonzentration, § 13a Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . .	792
	3. Fortführung und Sanierung der Unternehmensgruppe, § 13a Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . .	793
	4. Angaben zu gruppenangehörigen beaufsichtigten Finanzinstituten, § 13a Abs. 1 Nr. 4 InsO . . . . .	793
	5. Angaben über Verfahren gruppenangehöriger Unternehmen, § 13a Abs. 1 Nr. 5 InsO .	794
	6. Beizufügende Unterlagen, § 13a Abs. 2 InsO . . . . .	794
IV.	Prioritätsprinzip, § 3a Abs. 2 S. 1 InsO . . . . .	795
V.	Entscheidung des Gerichts . . . . .	796
VI.	Veröffentlichung . . . . .	798
VII.	Fortbestehen des Gruppen-Gerichtsstand, § 3b InsO . . . . .	798
	1. Regelungszweck . . . . .	798
	2. Fallgruppen des § 3b InsO . . . . .	798
VIII.	Zuständigkeit für Gruppen-Folgeverfahren, § 3c InsO . . . . .	799
	1. Fallgruppen . . . . .	799
	2. Gerichtsinterne Zuständigkeit innerhalb des Gruppen-Gerichtsstandgerichts . . . . .	799
	3. Konkurrenz von Gruppen-Gerichtsstand gem. § 3a InsO und allgemeinen Gerichtsstand gem. § 3 InsO . . . . .	800
IX.	Verweisung an den Gruppen-Gerichtsstand § 3d InsO . . . . .	800
	1. Fallgruppen des § 3d InsO . . . . .	800
	2. Entscheidung über die Verweisung . . . . .	803
	3. Abberufung eines (vorläufigen) Insolvenzverwalters . . . . .	803
D.	Verwalterbestellung bei Schuldnern derselben Unternehmensgruppe (§ 56b InsO) . . . . .	805
I.	Ziel der Regelung . . . . .	805
II.	Inhalt der Regelung . . . . .	806
	1. Verfahren bei verschiedenen Gerichten . . . . .	806
	2. Abstimmung der verschiedenen Gerichte . . . . .	806
	3. Umfang der Einbeziehung . . . . .	807
	4. Interessenabwägung bei der Bestellungsentscheidung . . . . .	807
	5. Einzelne Erwägungen . . . . .	807
	6. Unabhängigkeit des Einheitsverwalters . . . . .	807
	7. Bestellung von Sonderinsolvenzverwaltern . . . . .	808
	8. Entscheidung des Gerichts . . . . .	808
	9. Beteiligung des vorläufigen Gläubigerausschusses . . . . .	809
	10. Beteiligung des vorläufigen Gläubigerausschusses bei der Bestellung von Sonderinsolvenzverwaltern . . . . .	809
E.	Zusammenarbeit der Verfahrensorgane . . . . .	810
I.	Zusammenarbeit der Insolvenzverwalter (§ 269a InsO) . . . . .	810
	1. Adressaten der Kooperationspflicht . . . . .	810
	2. Kooperationspflichten . . . . .	812
	3. Grenzen der Kooperationspflicht . . . . .	815
	4. Durchsetzung der Kooperationspflicht . . . . .	816
	5. Rechtliche Formalisierung der Kooperationspflichten . . . . .	818
II.	Zusammenarbeit der Gerichte (§ 269b InsO) . . . . .	819
	1. Zweck der Regelung . . . . .	819
	2. Erfasste Gerichte . . . . .	819
	3. Form der Zusammenarbeit . . . . .	820
	4. Einzelne Informationspflichten . . . . .	820
	5. Grenzen der Zusammenarbeit . . . . .	822
	6. Durchsetzung der Zusammenarbeit . . . . .	822
III.	Zusammenarbeit der Gläubigerausschüsse (§ 269c InsO) . . . . .	823
	1. Überblick . . . . .	823
	2. Anwendungsbereich . . . . .	823
	3. Antrag auf Einsetzung eines Gruppen-Gläubigerausschusses . . . . .	824
	4. Anhörung der anderen Gläubigerausschüsse . . . . .	825
	5. Entscheidung des Gerichts . . . . .	825
	6. Personelle Besetzung . . . . .	825
	7. Mitgliedschaft im Gruppen-Gläubigerausschuss . . . . .	827
	8. Aufgaben des Gruppen-Gläubigerausschusses . . . . .	828

**Inhaltsverzeichnis**

9. Nachträgliche Veränderungen im Gruppen-Gläubigerausschuss . . . . .	829
10. Haftung der Mitglieder. . . . .	831
11. Beschlussfassung . . . . .	831
12. Beendigung. . . . .	832
13. Vergütung. . . . .	832
F. Das Koordinationsverfahren (§ 269d ff. InsO) . . . . .	833
I. Koordinationsgericht (§ 269d InsO) . . . . .	833
1. Allgemeines . . . . .	833
2. Zuständiges Gericht. . . . .	833
3. Antrag . . . . .	834
4. Entscheidung des Gerichts . . . . .	835
5. Rechtsmittel . . . . .	835
6. Beendigung. . . . .	836
II. Der Verfahrenskoordinator (§ 269e InsO) . . . . .	836
1. Allgemeines . . . . .	836
2. Anforderungsprofil des Verfahrenskoordinators . . . . .	836
3. Das Bestellungsverfahren . . . . .	838
III. Aufgaben und Rechtsstellung des Verfahrenskoordinators (§ 269f InsO) . . . . .	839
1. Aufgaben des Verfahrenskoordinators . . . . .	839
2. Kooperationspflicht der Insolvenzverwalter . . . . .	840
3. Rechtsstellung des Verfahrenskoordinators. . . . .	841
IV. Vergütung des Verfahrenskoordinators (§ 269g InsO) . . . . .	841
1. Allgemeines . . . . .	841
2. Anspruch auf Vergütung und Auslagenersatz . . . . .	841
3. Verteilung der Kosten. . . . .	842
4. Festsetzung der Kosten . . . . .	842
V. Koordinationsplan (§ 269h InsO). . . . .	843
1. Initiativrecht für Vorlage eines Koordinationsplans . . . . .	843
2. Beteiligung des Gruppen-Gläubigerausschusses . . . . .	845
3. Inhalt eines Koordinationsplans . . . . .	846
4. Rechtswirkungen eines Koordinationsplans . . . . .	847
5. Bestätigung eines Koordinationsplans . . . . .	848
6. Rechtsmittel gegen einen Koordinationsplan . . . . .	849
VI. Abweichungen von einem Koordinationsplan (§ 269i InsO). . . . .	850
1. Erläuterung eines Koordinationsplans. . . . .	850
2. Begründung von Abweichungen von einem Koordinationsplan . . . . .	851
3. Umsetzungspflicht in einem Insolvenzplan . . . . .	852
G. Eigenverwaltung bei gruppenangehörigen Unternehmen (§ 270g InsO) . . . . .	854
H. Konkurrenzverhältnis zu europäischem Konzerninsolvenzrecht . . . . .	855
<b>Kapitel 17 Verbraucherinsolvenz . . . . .</b>	<b>857</b>
A. Erstmalige Einführung eines Verbraucherinsolvenz- und Schuldenbereinigungsverfahrens durch den Gesetzgeber der Insolvenzordnung . . . . .	857
I. Finanzierung von Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	859
II. Ansätze zu einer Herabsetzung der Kosten des Verfahrens. . . . .	860
III. Systembrüche im Rahmen der §§ 304 ff. InsO seit dem Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte vom 15.07.2013. . . . .	861
B. Verfahrensstufen auf dem Weg zur Restschuldbefreiung. . . . .	862
C. Persönlicher Anwendungsbereich der §§ 304 ff. InsO . . . . .	862
I. Begriff der selbstständigen Tätigkeit . . . . .	864
II. Feinabstimmung bei beendeter selbstständiger Tätigkeit. . . . .	865
1. Überschaubarkeit der Vermögensverhältnisse . . . . .	865
2. Keine Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen . . . . .	866
III. Amtsermittlungspflicht des Insolvenzgerichts und Rechtsbehelfsmöglichkeiten . . . . .	866
D. Das außergerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren. . . . .	867
I. Anspruch und Wirklichkeit der außergerichtlichen Schuldenbereinigung . . . . .	867
II. Inhaltliche Anforderungen an einen außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplan . . . . .	869
III. Verfahren des außergerichtlichen Einigungsversuchs . . . . .	869

E.	Besondere Antragsvoraussetzungen im Verfahren nach den §§ 304 ff. InsO . . . . .	870
I.	Formularzwang . . . . .	872
II.	Bescheinigung und Angaben über die gescheiterte außergerichtliche Einigung. . . . .	872
III.	Erklärung über die Beantragung der Restschuldbefreiung. . . . .	873
IV.	Verzeichnisse des § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . . .	874
	1. Vermögensübersicht und Vermögensverzeichnis . . . . .	874
	2. Gläubiger- und Forderungsverzeichnis . . . . .	875
V.	Gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan . . . . .	875
VI.	Besonderheiten durch Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) und des besonderen Behördenpostfachs (beBPo). . . . .	875
F.	Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens . . . . .	876
I.	Planinhalt und Plantypen . . . . .	876
II.	Erforderlichkeit von verfahrenssichernden Klauseln. . . . .	877
III.	Verfahren . . . . .	878
IV.	Zustimmung und Zustimmungsersetzung . . . . .	879
	1. Zustimmungsfiktion . . . . .	879
	2. Zustimmungsersetzung. . . . .	879
V.	Rechtsfolgen eines angenommenen Plans. . . . .	882
VI.	Rechtsfolgen des Scheiterns des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens . . . . .	883
G.	Durchführung des Insolvenzverfahrens . . . . .	883
H.	Vergütung in Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	885
	<b>Kapitel 18 Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .</b>	<b>886</b>
A.	Grundlagen der Restschuldbefreiung. . . . .	891
I.	Restschuldbefreiung als weiteres Verfahrensziel der InsO . . . . .	891
II.	Gründe für die Einführung eines Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	892
	1. Diskussionen um die Ankopplung an das Insolvenzrecht. . . . .	893
	2. Verfassungsrechtliche Diskussion um die Restschuldbefreiung . . . . .	894
	3. Überwindung der Grenzen der bloßen Vollstreckungsbeschränkung des § 18 Abs. 2 Satz 3 GesO . . . . .	897
	4. Ausländische Restschuldbefreiung als Alternative . . . . .	898
III.	Reformschritte nach Inkrafttreten der InsO . . . . .	898
	1. Das Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2001 . . . . .	898
	2. Gesetzentwürfe zur Änderung des Verbraucherinsolvenzrechts . . . . .	900
	3. Gesetz zur Verkürzung des Insolvenzverfahrens . . . . .	901
	4. Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	905
IV.	Durchbrechung des Prinzips der uneingeschränkten Nachhaftung. . . . .	907
V.	Restschuldbefreiung durch Insolvenzplanverfahren . . . . .	908
	1. Einschränkunglose Anwendbarkeit des Insolvenzplanverfahrens . . . . .	908
	2. Eintritt der Restschuldbefreiung mit Rechtskraft des Bestätigungsbeschlusses. . . . .	909
	3. Restschuldbefreiung natürlicher Personen durch Insolvenzplan. . . . .	909
VI.	Restschuldbefreiung und besondere Verfahrensarten der InsO. . . . .	917
	1. Restschuldbefreiung in massearmen Insolvenzverfahren. . . . .	917
	2. Restschuldbefreiung bei vorzeitiger Verfahrenseinstellung . . . . .	918
	3. Verfahren mit Eigenverwaltung des Schuldners . . . . .	918
	4. Verbraucherinsolvenzverfahren. . . . .	922
B.	Erfasster Personenkreis . . . . .	923
I.	Zulässigkeit von Verfahren mit nur einem Gläubiger . . . . .	924
II.	Keine Anwendung der §§ 286 ff. InsO auf juristische Personen und Personenhandels- gesellschaften . . . . .	924
C.	Einleitung des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	925
I.	Neuregelung der Antragsvoraussetzungen für ab dem 01.07.2014 gestellte Schuldneran- träge. . . . .	925
	1. Unzulässigkeit des Antrags auf Erteilung der Restschuldbefreiung. . . . .	926
	2. Gesetzlich geregelte Unzulässigkeitsgründe . . . . .	931
	3. Hinweis auf die Möglichkeit der Rücknahme des Antrags . . . . .	935
	4. Öffentliche Bekanntmachung und Beschwerderechte . . . . .	935
II.	Hinweispflicht des Insolvenzgerichts bei Eigenantragstellung des Schuldners. . . . .	936

## Inhaltsverzeichnis

---

III.	Anschließung des Schuldners an einen Gläubigerantrag . . . . .	937
IV.	Antragstellung im vereinfachten Insolvenzverfahren. . . . .	938
	1. Abgabe einer Erklärung zur Restschuldbefreiung . . . . .	940
	2. Formularzwang im Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	940
V.	Inhalt der Abtretungserklärung. . . . .	940
	1. Wirksamwerden und Dauer der Abtretungserklärung . . . . .	943
	2. Gegenstände der Abtretungserklärung. . . . .	944
	3. Hinweis auf bestehende Abtretungen in Altverfahren . . . . .	946
	4. Unwirksamkeit von Abtretungsbeschränkungen . . . . .	946
D.	Beginn des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	946
I.	Ankündigung der Restschuldbefreiung in Altverfahren nach Anhörung der Gläubiger im Schlusstermin . . . . .	947
II.	Bedeutung des Schlusstermins in Neuverfahren . . . . .	948
III.	Abschließender Charakter der gesetzlichen Versagungsgründe. . . . .	950
IV.	Voraussetzungen des Antrags auf Versagung der Restschuldbefreiung . . . . .	951
	1. Beschränkung der Antragsbefugnis auf die Insolvenzgläubiger . . . . .	951
	2. Trennung von Versagungsgründen im eröffneten Verfahren und Obliegenheitsverlet- zungen in der Wohlverhaltensphase . . . . .	953
	3. Form und Inhalt des Antrags auf Versagung der Restschuldbefreiung . . . . .	954
	4. Glaubhaftmachung von Versagungsgründen . . . . .	956
	5. Rücknahme des Versagungsantrags. . . . .	957
V.	Katalog der gesetzlichen Versagungsgründe. . . . .	958
	1. Rechtskräftige Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat – § 290 Abs. 1 Nr. 1 InsO .	958
	2. Unrichtige Angaben bei Kredit- und Subventionsanträgen in den letzten drei Jahren vor Stellung des Eröffnungsantrags – § 290 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	961
	3. 10-Jahres-Sperre bei Erteilung oder Versagung der Restschuldbefreiung wegen einer Obliegenheitspflichtverletzung – § 290 Abs. 1 Nr. 3 InsO a.F. . . . .	964
	4. Versagung der Restschuldbefreiung wegen der Begründung unangemessener Verbind- lichkeiten, Vermögensverschwendung und Antragsverzögerung – § 290 Abs. 1 Nr. 4 InsO . . . . .	966
	5. Verstöße gegen die Erfüllung der Auskunfts- und Mitwirkungspflichten im Insolvenz- verfahren – § 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO . . . . .	969
	6. Verletzung der Pflicht zur Vorlage vollständiger und richtiger Verzeichnisse i.R.d. § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO – § 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO . . . . .	975
	7. Verletzung der Erwerbsobliegenheit des Schuldners im eröffneten Verfahren – § 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO . . . . .	978
VI.	Gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Restschuldbefreiung. . . . .	980
	1. Treuhänderbestellung in Altverfahren . . . . .	981
	2. Bestellung des Treuhänders in ab dem 01.07.2014 beantragten Verfahren . . . . .	982
	3. Auswahl des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren. . . . .	982
	4. Abgrenzung der Tätigkeit von Rechtspfleger und Richter. . . . .	983
	5. Beschwerderechte der Beteiligten . . . . .	983
	6. Bekanntmachung der Entscheidung . . . . .	984
VII.	Entscheidung über Versagungsanträge bei besonderen Verfahrenslagen. . . . .	984
	1. Zeitpunkt der Antragstellung und Entscheidung bei Anordnung des schriftlichen Ver- fahrens in Altfällen. . . . .	985
	2. Jederzeitiges schriftliches Antragsrecht in Neuverfahren. . . . .	985
	3. Anordnung des schriftlichen Verfahrens bei Masseunzulänglichkeit. . . . .	985
	4. Durchführung des schriftlichen Verfahrens zur Ankündigung der Restschuldbefreiung in Altfällen . . . . .	986
VIII.	Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung bei fehlenden Forderungsanmeldungen. . . .	986
IX.	Vorzeitige Beendigung des Restschuldbefreiungsverfahrens in besonderen Fällen nach Alt- recht. . . . .	987
	1. Befriedigung sämtlicher Gläubiger in der Wohlverhaltensphase . . . . .	988
	2. Rücknahme des Antrags auf Restschuldbefreiung in der Wohlverhaltensphase . . . . .	988
	3. Tod des Schuldners . . . . .	989
	4. Austausch der Gläubiger durch Kreditaufnahme und/oder Vergleich mit den Gläubi- gern. . . . .	989

5.	Vorzeitige Entscheidung über die Restschuldbefreiung bei Ablauf der Abtretungszeit vor Aufhebung des Insolvenzverfahrens in den sog. asymmetrischen Verfahren . . . . .	990
E.	Restschuldbefreiung im masseinsuffizienten Insolvenzverfahren . . . . .	996
I.	Verzicht auf die Durchführung eines Schlusstermins . . . . .	997
II.	Erstellung eines Schlussverzeichnisses als Grundlage für die Verteilungen des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	997
III.	Befriedigung der im Verfahren offen gebliebenen »sonstigen Masseverbindlichkeiten« durch den Treuhänder in der Wohlverhaltensphase . . . . .	998
IV.	Erstreckung der Restschuldbefreiung auf Masseverbindlichkeiten . . . . .	999
F.	Stellung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	999
I.	Auswahl des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	1000
1.	Keine Bindung an Vorschläge der Beteiligten . . . . .	1000
2.	Fortdauer der Bestellung des Verwalters/Treuhänders aus dem eröffneten Verfahren in Altverfahren . . . . .	1001
3.	Keine isolierte Anfechtung der Treuhänderbestellung . . . . .	1001
II.	Aufgaben des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	1001
1.	Rückführung der Stundungskosten . . . . .	1003
2.	Motivationsrabatt des Schuldners in der Abtretungsphase nach altem Recht. . . . .	1003
3.	Stellung von Anträgen nach §§ 850 ff. ZPO . . . . .	1004
4.	Überwachung des Schuldners als Sonderaufgabe i.S.d. § 292 Abs. 2 InsO . . . . .	1006
III.	Rechtliche Stellung des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase. . . . .	1006
1.	Entlassung des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	1007
2.	Haftung des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase. . . . .	1007
IV.	Vergütung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren. . . . .	1009
1.	Regelvergütung des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	1009
2.	Jährliche Mindestvergütung des Treuhänders . . . . .	1010
3.	Festsetzungsverfahren . . . . .	1010
4.	Entnahme von Vorschüssen. . . . .	1010
G.	Stellung des Schuldners während der Treuhandphase. . . . .	1011
I.	Änderungen durch das (erste) Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens. . . . .	1011
1.	Aufgabe der Trennung zwischen eröffneten Verfahren und Abtretungszeit – Geltendmachung von Versagungsgründen in der Wohlverhaltensphase. . . . .	1012
2.	Anträge auf Versagung der Restschuldbefreiung nach § 297a InsO n.F. in Neuverfahren. . . . .	1012
3.	Eingeschränkter Anwendungsbereich des § 297 InsO n.F. . . . .	1014
II.	Obliegenheitspflichten des Schuldners während der regelmäßigen sechsjährigen Abtretungszeit in den bis zum 30.09.2020 beantragten Verfahren . . . . .	1014
1.	Keine inhaltlichen Veränderungen der Obliegenheiten und des Versagungsverfahrens in der Wohlverhaltensphase durch das Verkürzungsgesetz 2014 . . . . .	1015
2.	Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit . . . . .	1015
3.	Eingeschränkte Verpflichtung zur Herausgabe ererbten Vermögens . . . . .	1019
4.	Anzeigepflichten des Schuldners. . . . .	1021
5.	Gleichbehandlungspflicht . . . . .	1022
6.	Heilung von Obliegenheitspflichtverletzungen . . . . .	1023
III.	Neue Obliegenheiten des Schuldners in den ab dem 01.10.2020 beantragten Verfahren . . . . .	1023
1.	Erweiterte Abführungspflicht für Schenkungen und Gewinne . . . . .	1023
2.	Anwendung des Halbteilungsgrundsatzes bei Schenkungen in der Abtretungszeit . . . . .	1024
3.	Einführung eines Klärungsbeschlusses des Insolvenzgerichts. . . . .	1025
4.	Erstreckung der Abführungspflicht auf Gewinne in der Wohlverhaltensphase. . . . .	1025
5.	Neuer Versagungsgrund der Begründung unangemessener Verbindlichkeiten in der Treuhandperiode . . . . .	1026
IV.	Obliegenheiten des Schuldners bei selbstständiger Erwerbstätigkeit in den bis zum 30.12.2020 beantragten Verfahren . . . . .	1027
1.	Auskunftsobliegenheiten des selbstständig tätigen Schuldners hinsichtlich seiner Einnahmen . . . . .	1028
2.	Berücksichtigung von besonderen persönlichen Umständen. . . . .	1028
3.	Pflichten des Schuldners bei unzureichenden Einnahmen . . . . .	1029
4.	Bestimmung der Höhe der vom Schuldner abzuführenden Beträge . . . . .	1030

## Inhaltsverzeichnis

---

5. Pflicht des Schuldners zur kontinuierlichen Abführung von Geldbeträgen . . . . .	1030
6. Entsprechende Anwendung des § 295 Abs. 2 InsO a.F. bei Freigabe der selbstständigen Tätigkeit im eröffneten Verfahren nach § 35 Abs. 2 InsO . . . . .	1031
7. Keine Erweiterung der Abführungspflicht bei überdurchschnittlichen Einnahmen des Schuldners . . . . .	1032
V. Obliegenheiten des Schuldners bei selbstständiger Erwerbstätigkeit in den ab dem 30.12.2020 beantragten Verfahren . . . . .	1032
1. Neuregelung der Abführungspflicht in § 295a InsO . . . . .	1032
2. Mögliche gerichtliche Feststellung des abzuführenden Betrages. . . . .	1033
3. Entsprechende Anwendung im eröffneten Verfahren. . . . .	1035
4. Pflichten des Schuldners in Mangelfällen . . . . .	1035
5. Maßstab für die Festsetzung der abzuführenden Beträge . . . . .	1035
VI. Versagung der Restschuldbefreiung bei Obliegenheitsverstößen während der Wohlverhaltensphase. . . . .	1036
1. Gläubigerantrag mit Glaubhaftmachung der Antragsvoraussetzungen . . . . .	1037
2. Prüfung des Versagungsantrags durch das Insolvenzgericht. . . . .	1037
VII. Versagung der Restschuldbefreiung aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat . . . . .	1040
VIII. Fehlende Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders. . . . .	1041
1. Bedeutungsverlust des § 298 InsO durch Einführung der Stundungsvorschriften . . . . .	1042
2. Voraussetzungen für den Antrag des Schuldners . . . . .	1042
3. Verfahren zur Versagung der Restschuldbefreiung wegen fehlender Deckung der Mindestvergütung . . . . .	1043
H. Stellung der Gläubiger in der Wohlverhaltensphase . . . . .	1044
I. Stellung der absonderungsberechtigten Gläubiger während des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	1045
II. Stellung der Insolvenzgläubiger in der Wohlverhaltensphase . . . . .	1045
1. Vollstreckungsverbot während der Laufzeit der Abtretungserklärung . . . . .	1046
2. Nichtigkeit von Sonderabkommen. . . . .	1048
3. Aufrechnungsverbot in der Wohlverhaltensphase . . . . .	1049
4. Zulässigkeit von Erkenntnisverfahren während der Wohlverhaltensphase – Zulässigkeit vorbereitender Maßnahmen . . . . .	1050
III. Verteilung vom Schuldner verheimlichten Vermögens . . . . .	1051
IV. Behandlung unberücksichtigter Insolvenzgläubiger . . . . .	1052
I. Erteilung der Restschuldbefreiung und deren Wirkungen . . . . .	1053
I. Regelungsunterschiede für die Erteilung der Restschuldbefreiung in vor und ab dem 01.07.2014 beantragten Insolvenzverfahren . . . . .	1054
II. Verfahren zur Entscheidung über die Erteilung der Restschuldbefreiung in vor dem 01.07.2014 beantragten Verfahren . . . . .	1055
1. Stellung von Versagungsanträgen im Verfahren nach § 300 InsO . . . . .	1055
2. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts . . . . .	1057
3. Rechtsmittel und öffentliche Bekanntmachung . . . . .	1058
4. Rechtsfolgen der Entscheidung über die Restschuldbefreiung. . . . .	1059
III. Voraussetzungen für die Erteilung der Restschuldbefreiung in ab dem 01.07.2014 beantragten Verfahren . . . . .	1060
1. Gesetzliche Möglichkeiten zur Verkürzung der Abtretungszeit . . . . .	1060
2. Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung bei fehlenden Anmeldungen. . . . .	1061
3. Verkürzung des Verfahrens auf drei Jahre. . . . .	1062
4. Verkürzung des Verfahrens auf fünf Jahre . . . . .	1066
5. Verfahren zur Erteilung der Restschuldbefreiung/Folgen der Entscheidung über die Restschuldbefreiung. . . . .	1066
IV. Einheitliche Erteilung der Restschuldbefreiung nach drei Jahren in ab dem 01.10.2020 beantragten Verfahren . . . . .	1067
1. Zustandekommen des Gesetzes zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens. . . . .	1067
2. Wirksamwerden der Abtretungserklärung nach Ablauf von drei Jahren . . . . .	1069
3. Verlängerte Abtretungsfrist in Zweitverfahren nach Erteilung der RSB nach Ablauf von drei Jahren . . . . .	1070



4. Rückwirkende Verkürzung der Laufzeit der Abtretungserklärung in Altfällen . . . . .	1071
5. Evaluierung der Laufzeitverkürzung zur Jahresmitte 2024 . . . . .	1072
V. Wirkungen der Restschuldbefreiung . . . . .	1073
1. Entstehung unvollkommener Verbindlichkeiten . . . . .	1076
2. Ausgenommene Forderungen . . . . .	1077
3. Feststellung einer ausgenommenen Forderung i.S.d. § 302 Nr. 1 InsO . . . . .	1086
J. Nachträglicher Widerruf der Restschuldbefreiung . . . . .	1090
I. Erforderlichkeit einer vorsätzlichen Obliegenheitspflichtverletzung . . . . .	1090
II. Nachträgliche Versagung nur bei einer erheblichen Beeinträchtigung der Befriedigung der Gläubiger . . . . .	1090
III. Neuregelung in den ab 01.07.2014 beantragten Verfahren . . . . .	1091
IV. Entscheidung des Insolvenzgerichts . . . . .	1092
<b>Kapitel 19 Stundung der Verfahrenskosten bei Restschuldbefreiung . . . . .</b>	<b>1093</b>
A. Entstehung der Stundungsvorschriften . . . . .	1095
I. Kostendeckung als Schicksalsfrage der Restschuldbefreiung . . . . .	1095
II. Einführung der Verfahrenskostenstundung durch das InsOÄndG 2001 . . . . .	1096
III. Neuregelungen der Stundungsvorschriften ab 01.07.2014 . . . . .	1096
IV. Neuregelungen des Restschuldbefreiungsverfahrens ab 01.10.2020 . . . . .	1097
V. Partieller Ausschluss der PKH-Vorschriften durch die Stundungsregelungen . . . . .	1098
B. Anwendungsbereich und erfasster Personenkreis . . . . .	1099
I. Ausschluss der Anwendung in Altverfahren . . . . .	1100
II. Beschränkung auf natürliche Personen . . . . .	1100
C. Voraussetzungen der Verfahrenskostenstundung . . . . .	1101
I. Restschuldbefreiungsantrag als unabdingbare Voraussetzung . . . . .	1101
II. Fehlende Leistungsfähigkeit des Schuldners . . . . .	1102
1. Vorrangigkeit von Vorschussleistungen . . . . .	1102
2. Grundsätze für die Prüfung der Leistungsfähigkeit des Schuldners . . . . .	1102
3. Verweisung auf Finanzierung der Verfahrenskosten durch Ehegatten . . . . .	1104
III. Unzulässigkeit von Ratenzahlungsanordnungen . . . . .	1105
IV. Formfreiheit und Mindestinhalt von Stundungsanträgen . . . . .	1105
V. Erreichbarkeit des Ziels der Restschuldbefreiung . . . . .	1106
1. Stundungsversagung bei einer Vielzahl ausgenommener Forderungen . . . . .	1106
2. Keine Stundung bei offensichtlichen Versagungsgründen . . . . .	1107
3. Einzelfälle fragwürdiger Versagungen . . . . .	1110
D. Entscheidung über die Restschuldbefreiung . . . . .	1111
I. Einstweiliger Eintritt der Stundungswirkungen . . . . .	1111
II. Ausschluss der Stundung im Planverfahren . . . . .	1112
III. Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung nur bei Kostendeckung . . . . .	1113
E. Wirkungen der Verfahrenskostenstundung . . . . .	1113
I. Subsidiarität der Verfahrenskostenstundung . . . . .	1114
II. Entstehung von Vergütungsansprüchen gegen die Staatskasse . . . . .	1114
1. Anspruch des nach § 4a Abs. 2 InsO beigeordneten Rechtsanwalts . . . . .	1115
2. Pflicht des Treuhänders zur Berücksichtigung der gestundeten Kosten bei der Verteilung . . . . .	1115
3. Umfang der von der Stundung erfassten Verfahrenskosten . . . . .	1116
III. Rechtsanwaltsbeordnung i.R.d. Verfahrenskostenstundung . . . . .	1122
F. Aufhebung der Verfahrenskostenstundung . . . . .	1123
I. Zu den einzelnen Aufhebungsgründen . . . . .	1125
1. Falsche Angaben des Schuldners und Nichtabgabe einer geforderten Erklärung – § 4c Nr. 1 InsO . . . . .	1125
2. Unrichtigkeit der Stundungsentscheidung – § 4c Nr. 2 InsO . . . . .	1126
3. Schuldhafter Zahlungsrückstand – § 4c Nr. 3 InsO . . . . .	1126
4. Verletzung der Erwerbsobliegenheit – § 4c Nr. 4 InsO . . . . .	1127
5. Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung – § 4c Nr. 5 InsO . . . . .	1128
II. Rückzahlung der gestundeten Beträge . . . . .	1129
III. Rechtsmittel im Stundungsverfahren . . . . .	1131

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Kapitel 20</b>	<b>Nachlassinsolvenzverfahren.</b>	1133
A.	Allgemeines.	1133
I.	Grundlagen	1133
II.	Die beschränkte Erbenhaftung	1134
III.	Gegenstand des Nachlassinsolvenzverfahrens	1134
IV.	Die Rückbeziehung der Vermögensabwicklung	1134
B.	Die Beteiligten.	1135
I.	Grundlagen	1135
II.	Exkurs: Die Insolvenz des Erben.	1135
C.	Der Insolvenzantrag	1136
I.	Das Antragsrecht	1136
II.	Die Antragspflicht	1137
D.	Zuständigkeit	1138
E.	Eröffnungsgründe	1138
F.	Übergang vom Regel- in das Nachlassinsolvenzverfahren	1138
G.	Die Insolvenzmasse	1139
I.	Allgemeines	1139
II.	Keine dingliche Surrogation	1139
III.	Ersatzansprüche	1140
IV.	Zwangsvollstreckung nach dem Erbfall	1140
V.	Insolvenzanfechtung	1141
H.	Verbindlichkeiten im Nachlassinsolvenzverfahren	1141
I.	Masseverbindlichkeiten	1142
1.	Erstattungsansprüche des Erben, § 324 Abs. 1 Nr. 1 InsO.	1142
2.	Mit dem Erbfall verbundene Kosten, § 324 Abs. 1 Nr. 2–4 InsO	1142
3.	Nachlasspfleger, Nachlassverwalter, Testamentsvollstrecker, § 324 Abs. 1 Nr. 5 – 6 InsO	1142
4.	Masseunzulänglichkeit, § 324 Abs. 2 InsO	1143
II.	Nachlassverbindlichkeiten	1143
III.	Ansprüche des Erben	1144
<b>Kapitel 21</b>	<b>Recht der internationalen Insolvenzen</b>	1145
A.	Einführung	1148
I.	Regelungsgegenstand	1148
II.	Gesetzliche Grundlagen.	1149
1.	Europäisches Recht	1149
2.	Staatsverträge	1165
3.	Autonomes deutsches Internationales Insolvenzrecht.	1166
III.	Grundregeln und Prinzipien im Internationalen Insolvenzrecht.	1166
1.	Entwicklung der Rechtsprechung.	1166
2.	Kollisionsrechtliche Gesichtspunkte	1167
3.	Grundnorm des Internationalen Insolvenzrechts	1168
4.	Aushöhlung der Grundnorm im geltenden Recht.	1169
IV.	Stand des Internationalen Insolvenzrechts	1171
B.	Inländische Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug	1172
I.	Gerichtsbarkeit.	1172
II.	Internationale Zuständigkeit deutscher Insolvenzgerichte	1173
1.	Bedeutung der Regeln über die internationale Zuständigkeit im Internationalen Insolvenzrecht	1173
2.	Deutsche Haupt- und Partikularverfahren.	1173
3.	Internationale Zuständigkeit zur Eröffnung eines Hauptverfahrens	1174
4.	Internationale Zuständigkeit zur Eröffnung eines Partikularverfahrens.	1178
5.	Änderungen der zuständigkeitsbegründenden Merkmale	1181
6.	Verfahrensfragen	1182
III.	Auslandsvermögen im deutschen Hauptverfahren	1182
1.	Auslandsvermögen gehört zur Sollmasse	1182
2.	Aufgabenstellung des Insolvenzverwalters	1183
3.	Zugriff auf Auslandsvermögen bei Anerkennung im Belegenheitsstaat	1184



	4. Zugriff auf Auslandsvermögen bei Nichtanerkennung im Belegenheitsstaat . . . . .	1189
	5. Einzelrechtsverfolgung durch den Gläubiger im Ausland . . . . .	1192
	6. Teilnahme an Partikularverfahren im Ausland . . . . .	1195
IV.	Maßnahmen zur Sicherung der Insolvenzmasse. . . . .	1196
	1. EuInsVO . . . . .	1196
	2. InsO . . . . .	1197
V.	Besonderheiten des Partikularverfahrens . . . . .	1197
	1. EuInsVO . . . . .	1198
	2. InsO . . . . .	1204
VI.	Weitere Auslandsbezüge im Inlandsverfahren . . . . .	1207
	1. EuInsVO . . . . .	1207
	2. InsO . . . . .	1210
C.	Ausländische Insolvenzverfahren mit Inlandsbezug . . . . .	1211
I.	Überblick . . . . .	1211
	1. Anerkennungsfähigkeit ausländischer Insolvenzverfahren. . . . .	1211
	2. Primärer Anerkennungsgegenstand: Eröffnungsbeschluss. . . . .	1212
	3. Weitere Entscheidungen . . . . .	1212
	4. Inzidentanerkennung . . . . .	1212
	5. Vollstreckbarkeit . . . . .	1212
	6. Teilanerkennung . . . . .	1213
II.	Voraussetzungen für die Anerkennung der Entscheidung über die Eröffnung des Verfahrens . . . . .	1213
	1. Qualifikation als Insolvenzverfahren . . . . .	1214
	2. Internationale Zuständigkeit . . . . .	1217
	3. Wirksamer Eröffnungsakt . . . . .	1220
	4. Ordre public. . . . .	1220
	5. Keine Gegenseitigkeit. . . . .	1224
	6. Inländische Publikation keine Anerkennungsvoraussetzung . . . . .	1224
III.	Geltungsanspruch der lex fori concursus . . . . .	1224
	1. Auslandswirkung des Insolvenzrechts . . . . .	1224
	2. Auslandswirkung der infrage stehenden Rechtsfolge . . . . .	1225
	3. Auslegungsgrundsätze des Insolvenzstatuts. . . . .	1225
IV.	Anerkennung von im Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren ergangenen Entscheidungen. . . . .	1225
	1. Entscheidungen zur Durchführung und Beendigung eines Insolvenzverfahrens. . . . .	1225
	2. Entscheidungen in engem Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren (sog. Annexverfahren). . . . .	1226
	3. Sicherungsmaßnahmen. . . . .	1227
	4. Vollstreckbarkeit . . . . .	1228
V.	Folgen der Anerkennung . . . . .	1229
	1. Wirkungserstreckung . . . . .	1229
	2. Grenzen der Wirkungserstreckung . . . . .	1230
VI.	Publizität des ausländischen Insolvenzverfahrens . . . . .	1231
	1. EuInsVO . . . . .	1231
	2. InsO . . . . .	1231
VII.	Unterbrechung und Aufnahme eines inländischen Rechtsstreits. . . . .	1231
	1. Bisheriges Recht . . . . .	1232
	2. Geltendes Recht . . . . .	1232
	3. Keine Anerkennung ausländischer vis attractiva concursus. . . . .	1235
D.	Reichweite des Insolvenzstatuts . . . . .	1236
I.	Grundsätzliches . . . . .	1236
	1. Grundregel . . . . .	1236
	2. Erhebliche Einschränkungen der Grundregel . . . . .	1236
	3. Einschränkende Auslegung der Sonderanknüpfungen . . . . .	1238
	4. Ermittlung ausländischen Rechts . . . . .	1239
	5. Qualifikation . . . . .	1239
	6. Sachnorm- oder Kollisionsnormverweisung . . . . .	1240
II.	Insolvenzverfahrensstatut/Lex-Fori Prinzip . . . . .	1241

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Eröffnungsvoraussetzungen . . . . .	1241
2. Gläubiger . . . . .	1243
3. Verfahrensabschluss . . . . .	1243
4. Vis attractiva concursus . . . . .	1243
III. Insolvenzverwaltungsstatut. . . . .	1244
1. Befugnisse des Verwalters . . . . .	1244
2. Guter Glaube an Verfügungsmacht des Schuldners. . . . .	1246
IV. Insolvenzvermögensstatut . . . . .	1248
1. Umfang der Insolvenzmasse . . . . .	1248
2. Pfändungsfreigrenzen . . . . .	1249
3. Masseschutz . . . . .	1249
4. Dingliche Sicherungsrechte . . . . .	1249
V. Laufende/schwebende Rechtsgeschäfte. . . . .	1257
1. Grundsatz. . . . .	1257
2. Einschränkungen des Grundsatzes . . . . .	1257
3. Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung . . . . .	1261
4. Rang der Gläubigerforderung . . . . .	1262
VI. Aufrechnung . . . . .	1262
VII. Anfechtung . . . . .	1263
1. Grundsatz. . . . .	1263
2. Einzelheiten . . . . .	1264
3. Organisierte Märkte, Pensionsgeschäfte. . . . .	1267
VIII. Insolvenzverteilungsrecht. . . . .	1267
1. Aus-, Absonderungs- und andere Vorrechte . . . . .	1268
2. Forderungsanmeldung . . . . .	1268
3. Masseforderungen; Rangfolge Forderungen . . . . .	1269
IX. Rechtsfolgen der Verfahrensbeendigung. . . . .	1270
1. Grundsatz. . . . .	1270
2. Abschluss eines inländischen Insolvenzverfahrens . . . . .	1270
3. Abschluss eines ausländischen Insolvenzverfahrens . . . . .	1270
4. Abschluss des Partikularverfahrens . . . . .	1271
5. Auswirkungen auf dingliche Rechte . . . . .	1271
 <b>Abschnitt 2 Praxis der Insolvenzverwaltung . . . . .</b>	 <b>1273</b>
 <b>Kapitel 22 Das Gericht, der Verwalter und die Organe der Gläubiger. . . . .</b>	 <b>1273</b>
A. Die Organisationsverfassung im Wandel der Zeit . . . . .	1275
I. Die Idee der Gläubigerselbstverwaltung (Gläubigerautonomie) . . . . .	1275
II. Die Rolle des Gerichts und die Unabhängigkeit des Verwalters in der Insolvenzordnung 1999. . . . .	1277
III. Kritik an der alten Gewaltenverteilung . . . . .	1278
IV. Neue Gewaltenverteilung mit dem ESUG 2012 . . . . .	1279
V. Bewertung und Ausblick . . . . .	1280
B. Das Gericht als Akteur, Koordinator und Aufsichtsinstanz . . . . .	1282
I. Die Funktion des Gerichts innerhalb der Organisationsverfassung. . . . .	1282
II. Aufgaben. . . . .	1283
III. Zuständigkeit. . . . .	1285
IV. Das Gericht und der Verwalter . . . . .	1286
1. Die Bestellung des Verwalters als justiziable Auswahlaufgabe . . . . .	1286
2. Kriterien für eine Vorauswahl der Verwalterkandidaten . . . . .	1287
3. Die konkrete Auswahlentscheidung . . . . .	1289
4. Das Delisting von Verwaltern . . . . .	1290
5. Die Aufsicht über den Verwalter (§ 58 InsO). . . . .	1291
6. Zwangsmittel (§ 58 Abs. 2 InsO). . . . .	1297
7. Entlassung (§ 59 InsO). . . . .	1298
V. Das Gericht und die Eigenverwaltung . . . . .	1298
1. Die Anordnung. . . . .	1298

	2. Die Eigenverwaltung im Eröffnungsverfahren . . . . .	1300
	3. Die Begründung von Masseverbindlichkeiten . . . . .	1302
	4. Die Aufhebung der Eigenverwaltung . . . . .	1302
VI.	Das Gericht und die Gläubigerversammlung . . . . .	1303
	1. Ladung und Leitung der Sitzung . . . . .	1303
	2. Aufsichts- und Ersetzungskompetenz . . . . .	1304
	3. Verwerfungskompetenz auf Initiative der Gläubiger (§ 78 InsO) . . . . .	1304
	4. Nichtigkeit von Beschlüssen . . . . .	1305
	5. Die Anfechtung der Verwalterabwahl . . . . .	1306
	6. Anfechtbarkeit der Wahl von Gläubigerausschussmitgliedern . . . . .	1306
VII.	Das Gericht und der Gläubigerausschuss . . . . .	1306
C.	Der Insolvenzverwalter als Manager für die Gläubiger . . . . .	1308
I.	Schlechte Marktbedingungen für Insolvenzverwalter . . . . .	1308
II.	Die Aufgaben des Insolvenzverwalters . . . . .	1309
	1. Verfahrensbezogene Pflichten und Aufgaben . . . . .	1310
	2. Weitere Pflichten und Anforderungen. . . . .	1310
	3. Delegationskompetenz . . . . .	1311
III.	Die Auswahl und Eignung (§ 56, 56a InsO). . . . .	1313
	1. Unabhängigkeit. . . . .	1313
	2. Persönliche Qualifikation . . . . .	1316
IV.	Errichtung einer Hinterlegungsstelle (§ 149 InsO) . . . . .	1317
V.	Rechnungslegung und Berichtswesen. . . . .	1317
	1. Insolvenzspezifische Anforderungen an das Rechnungswesen . . . . .	1319
	2. Gestaltung des Rechnungswesens. . . . .	1319
	3. Der Bericht zum Berichtstermin . . . . .	1321
	4. Zwischenberichte. . . . .	1324
	5. Der Schlussbericht. . . . .	1325
	6. Weitere Informationspflichten des Verwalters. . . . .	1327
VI.	Verhältnis der Gläubiger zum Insolvenzverwalter . . . . .	1329
	1. Wahl durch die Versammlung . . . . .	1329
	2. Zustimmung zu besonders bedeutsamen Rechtshandlungen. . . . .	1330
D.	Die Gläubigerversammlung als Hauptversammlung . . . . .	1331
I.	Aufgabe und Funktion . . . . .	1331
II.	Gegenstände der Beschlussfassung der Gläubigerversammlung . . . . .	1334
	1. Berichtstermin. . . . .	1334
	2. Prüfungstermin . . . . .	1335
	3. Schlusstermin . . . . .	1336
	4. Erörterungs- und Abstimmungstermin . . . . .	1337
	5. Weitere fakultative Gläubigerversammlungen. . . . .	1337
III.	Delegation an das Gericht . . . . .	1340
IV.	Die Mitglieder der Gläubigerversammlung. . . . .	1340
	1. Die Insolvenzgläubiger . . . . .	1340
	2. Teilnahme der nachrangigen Insolvenzgläubiger. . . . .	1341
	3. Ausschluss der Aussonderungsberechtigten und der Massegläubiger . . . . .	1341
	4. Gläubiger bestrittener Forderungen . . . . .	1342
V.	Teilnahmerecht der Gläubigerausschussmitglieder . . . . .	1342
VI.	Teilnahmerechte des Sachwalters und des Insolvenzverwalters . . . . .	1342
VII.	Weitere Teilnehmer und Presseöffentlichkeit. . . . .	1344
VIII.	Die Geschäftsordnung. . . . .	1344
	1. Einberufung durch das Gericht . . . . .	1344
	2. Beschlussfähigkeit und Mehrheitserfordernisse. . . . .	1345
	3. Bindungswirkung der Beschlüsse und Änderungsbefugnis . . . . .	1346
IX.	Die Stimmrechte . . . . .	1346
	1. Bedingungslos festgestellte Insolvenzforderungen . . . . .	1346
	2. Bedingte Insolvenzforderungen . . . . .	1347
	3. Stimmrechte aus Absonderungsrechten . . . . .	1347
	4. Stimmrecht ungeprüfter Forderungen. . . . .	1347
	5. Stimmrechtsfestsetzung bei bestrittenen Forderungen . . . . .	1348

**Inhaltsverzeichnis**

6.	Stimmrechtsausschluss wegen Befangenheit . . . . .	1349
7.	Anfechtbarkeit von Stimmrechtsentscheidungen. . . . .	1350
X.	Die Gläubigerversammlung und der Schuldner. . . . .	1351
1.	Eigenverwaltung . . . . .	1351
2.	Teilnahmezwang und Auskunftspflicht . . . . .	1352
3.	Anordnung der Überwachung im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	1352
4.	Bewilligung von Unterhalt (§§ 100, 101 Abs. 1 Satz 3 InsO). . . . .	1352
E.	Der Gläubigerausschuss als Organ zur Willensbildung und Kontrolle . . . . .	1352
I.	Funktion. . . . .	1352
II.	Die Rechte und Aufgaben . . . . .	1354
1.	Die Unterstützung und Kontrolle des Verwalters (§ 69 InsO) . . . . .	1354
2.	Antragsrechte . . . . .	1356
3.	Zustimmungsvorbehalte . . . . .	1356
4.	Zustimmungsvorbehalte bei Eigenverwaltung . . . . .	1358
5.	Zustimmungsvorbehalte im Insolvenzplanverfahren . . . . .	1358
6.	Bestimmungsrechte . . . . .	1359
7.	Stellungnahme- und Anhörungsrechte . . . . .	1359
8.	Anzuzeigende Umstände. . . . .	1360
III.	Verhältnis zur Gläubigerversammlung . . . . .	1361
1.	Streitige Ersetzungscompetenz. . . . .	1361
2.	Die Ersetzungscompetenz auf Initiative des Verwalters als Lösung . . . . .	1361
IV.	Gründe und Umstände zur Einsetzung durch das Gericht . . . . .	1363
1.	Pflichtausschuss. . . . .	1363
2.	Fakultativer Ausschuss . . . . .	1363
3.	Einsetzung des Gläubigerausschusses durch die Gläubigerversammlung (§ 68 InsO) . .	1364
V.	Die Mitglieder des Gläubigerausschusses . . . . .	1364
1.	Repräsentation aller relevanten Gläubigergruppen . . . . .	1364
2.	Bestimmung der Zahl der Ausschussmitglieder. . . . .	1365
3.	Annahme der Wahl und Zulässigkeit der Bestellung von Ersatzmitgliedern . . . . .	1366
4.	Bestimmung der wählbaren Personen . . . . .	1366
5.	Abwahl und Ersetzung der Ausschussmitglieder (§ 68 Abs. 2 InsO) . . . . .	1368
6.	Die Rechtstellung der Mitglieder des Gläubigerausschusses . . . . .	1368
7.	Entlassung von Ausschussmitgliedern . . . . .	1370
VI.	Persönliche Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses. . . . .	1371
1.	Sachbefugnis des Verwalters zur Geltendmachung der Haftung . . . . .	1372
2.	Haftungsgrundsätze . . . . .	1372
3.	Objektiv in Betracht kommende Pflichtverletzungen . . . . .	1374
4.	Kausalität von Pflichtverletzungen . . . . .	1374
5.	Subjektive Haftungsvoraussetzungen . . . . .	1375
6.	Gesamtschuldnerische Haftung der Ausschussmitglieder und Verjährung. . . . .	1376
7.	Versicherung der Haftungsrisiken. . . . .	1376
VII.	Vergütung der Tätigkeit der Ausschussmitglieder. . . . .	1376
1.	Vergütung nach Zeitaufwand als Regelmodell . . . . .	1376
2.	Vergütung und Masseinsuffizienz . . . . .	1378
3.	Erzwungene Unentgeltlichkeit bei institutionellen Gläubigern . . . . .	1378
4.	Zulässigkeit von Vorschüssen. . . . .	1379
5.	Anspruch gegen die Justizkasse bei Stundung der Verfahrenskosten. . . . .	1379
VIII.	Organisation und Verfahren des Gläubigerausschusses . . . . .	1379
1.	Zustandekommen von Beschlussfassungen im Gläubigerausschuss . . . . .	1380
2.	Dokumentation der Ausschusssitzungen . . . . .	1381
3.	Nichtigkeit von Beschlüssen bei der Verletzung von Formvorschriften. . . . .	1382
4.	Muster einer Geschäftsordnung . . . . .	1382
<b>Kapitel 23</b>	<b>Die Betriebsfortführung . . . . .</b>	<b>1386</b>
A.	Einleitung. . . . .	1387
I.	Die Fortführung als Basis der Sanierung und Reorganisation . . . . .	1387
II.	Die finanzwirtschaftliche Sanierung mittels erzwungenem Kapitalschnitt . . . . .	1388
III.	Die Fortführung in Konkursverfahren . . . . .	1390

IV.	Die Fortführungsoption als gleichwertige Alternative in der InsO .....	1391
B.	Die Ausgangssituation .....	1391
I.	Fehlende betriebliche Ressourcen .....	1391
II.	Zusammenbruch des Finanzierungszyklus und die negative Eigendynamik .....	1392
III.	Anforderungen an den Verwalter und die Erwartungshaltung .....	1392
IV.	Die Fortführung in der Eigenverwaltung .....	1393
C.	Die bessere Gläubigerbefriedigung ist Ziel der Fortführung .....	1394
I.	Das maßgebliche Interesse der Gläubiger .....	1394
II.	Wirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer Fortführung .....	1395
1.	Werbende Fortführung eines Betriebes mit gesunder leistungswirtschaftlicher Basis. . .	1395
2.	Fortführung eines unrentablen sanierungsfähigen Unternehmens .....	1396
3.	Fortführung eines unrentablen und nicht im Verfahren sanierbaren Unternehmens. . .	1396
4.	Fortführung und Sanierung wegen Gesellschafterinteresse .....	1397
5.	Fortführung aus nicht dividendenorientiertem Gläubigerinteresse. ....	1397
6.	Fortführung bei persönlicher Arbeitsleistung des Schuldners .....	1398
D.	Die Fortführungsentscheidung als Investitionsrechnung .....	1398
I.	Das Masseverzeichnis (§ 151 InsO): Fortführungs- contra Zerschlagungswerte .....	1398
1.	Feststellung der Zerschlagungswerte .....	1398
2.	Feststellung der Fortführungswerte. ....	1399
II.	Der zu berücksichtigende Aufwand. ....	1402
III.	Der Bericht des Verwalters/Eigenverwalters (§ 156 InsO). ....	1403
1.	Matrix der Abwicklungsszenarien. ....	1404
2.	Formulierungsbeispiel .....	1405
IV.	Vor- und Nachteile der Szenarien als Bestandteil des Berichts .....	1406
1.	Stilllegung .....	1406
2.	Auslaufproduktion. ....	1407
3.	Beendigungsschrumpfung. ....	1407
4.	Sanierende Übertragung .....	1408
5.	Dauerhafte werbende Fortführung .....	1408
6.	Kombination der Alternativen .....	1408
V.	Unsichere Prognosemöglichkeiten. ....	1409
E.	Krisenanalyse. ....	1409
I.	Entwicklungsstadien der Krise .....	1410
II.	Krisenarten .....	1411
1.	Erfolgskrise. ....	1411
2.	Liquiditätskrise .....	1411
3.	Strategische Krise. ....	1412
III.	Beherrschbarkeit von Unternehmenskrisen in der Insolvenz .....	1412
1.	Liquiditätskrise .....	1412
2.	Wege aus der Erfolgskrise .....	1413
3.	Beseitigung der strategischen Krise. ....	1413
IV.	Erkennbarkeit von Krisen .....	1414
V.	Ursachen der Krise .....	1414
1.	Überbetriebliche Ursachen .....	1415
2.	Zwischenbetriebliche Ursachen .....	1415
3.	Innerbetriebliche Ursachen .....	1415
F.	Der rechtliche Rahmen zur Fortführung .....	1416
I.	Die Begründung von Masseverbindlichkeiten .....	1416
1.	Vorläufiger Verwalter mit Verfügungsgewalt. ....	1418
2.	Vorläufiger Verwalter ohne Verfügungsbefugnis .....	1418
3.	Schutzschirmverfahren .....	1419
4.	Vorläufige Eigenverwaltung mit Sachwaltung. ....	1419
II.	Beendbarkeit von »ungünstigen« Verträgen. ....	1419
III.	Insolvenzfestigkeit von »günstigen« Verträgen .....	1420
1.	Kündigungssperre .....	1420
2.	Lösungsklauseln .....	1420
IV.	Insolvenzgeldvorfinanzierung .....	1421
V.	Personalanpassung .....	1421

**Inhaltsverzeichnis**

---

VI.	Nutzung von Absonderungsgut . . . . .	1423
VII.	Ausschluss der Haftung des Betriebserwerbers. . . . .	1424
VIII.	Steuerrechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	1425
IX.	Öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	1425
G.	Entscheidungs- und Maßnahmenschritte. . . . .	1426
I.	Die Fortführungsentscheidung . . . . .	1426
II.	Kombinierter Analyse- und Maßnahmeprozess . . . . .	1427
III.	Due Diligence in Zeitraffer . . . . .	1427
	1. Notwendige Informationen . . . . .	1427
	2. Informationsquellen . . . . .	1429
IV.	Sofort-Maßnahmen . . . . .	1430
	1. Information und Einbeziehung der Arbeitnehmer . . . . .	1430
	2. Abstimmung mit der Bank . . . . .	1431
	3. Kunden . . . . .	1433
	4. Lieferanten und Versorger . . . . .	1434
	5. Verhandlungspotenziale bei weiteren Verträgen . . . . .	1435
	6. Management. . . . .	1435
	7. Gläubigerausschuss . . . . .	1436
	8. Verhandlungen und Recherche Käuferinteressenten . . . . .	1436
	9. Versicherungsschutz . . . . .	1436
V.	Mittelfristige Maßnahmen . . . . .	1436
<b>Kapitel 24</b>	<b>Insolvenzmasse und ihre Verwertung – Massebildung . . . . .</b>	<b>1439</b>
A.	Die Masse. . . . .	1440
I.	Insolvenzmasse. . . . .	1440
	1. Massebegriffe . . . . .	1440
	2. Umfang der Insolvenzmasse/insolvenzfreies Vermögen . . . . .	1441
	3. Sondermasse . . . . .	1441
	4. Im Ausland belegene Massegegenstände . . . . .	1443
II.	(Sofort) Maßnahmen des Insolvenzverwalters . . . . .	1444
	1. Erfassung und Inbesitznahme des Vermögens. . . . .	1444
	2. Sicherung des Vermögens . . . . .	1445
	3. Bösgläubigmachung. . . . .	1447
	4. Anzeige der Masseunzulänglichkeit. . . . .	1447
	5. Bereinigung der Masse . . . . .	1447
B.	Die Verwertung . . . . .	1450
I.	Art und Weise der Verwertung . . . . .	1450
	1. Allgemeines . . . . .	1450
	2. Pflichten des Verwalters bei der Durchführung der Verwertung . . . . .	1451
	3. Exkurs: Vergleichsbefugnis des Verwalters . . . . .	1452
	4. Beauftragung Dritter . . . . .	1452
II.	Zeitpunkt der Verwertung . . . . .	1453
	1. Vor Insolvenzeröffnung. . . . .	1453
	2. Nach Insolvenzeröffnung . . . . .	1453
	3. Nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	1454
	4. Nach Beendigung des Insolvenzverfahrens. . . . .	1454
III.	Grenzen der Verwertung/Absehen von Verwertung . . . . .	1455
C.	Exkurs: Sanierung . . . . .	1455
I.	Beseitigung der Insolvenzgründe. . . . .	1455
II.	Sanierung zur Mantelverwertung . . . . .	1456
D.	Verwertung durch Freigabe . . . . .	1456
I.	Bedeutung der Freigabe. . . . .	1456
II.	Diskussion über die Zulässigkeit der Freigabe. . . . .	1458
III.	Freigabekonstellationen . . . . .	1458
IV.	Altlastenproblematik. . . . .	1459
V.	Steuerliche Auswirkungen . . . . .	1459
E.	Gesamtverwertung . . . . .	1459
I.	Der Unternehmenskaufvertrag . . . . .	1459

1. Grundzüge . . . . .	1459
2. Information/Verschwiegenheit/Vorvertrag . . . . .	1460
3. Vertragsgestaltung . . . . .	1460
4. § 613a BGB . . . . .	1462
II. Die Auffanggesellschaft . . . . .	1462
F. Verwertung immaterieller Gegenstände . . . . .	1462
I. Grundlagen . . . . .	1463
II. Einzelfälle . . . . .	1463
G. Verwertung von Beteiligungen . . . . .	1464
I. Einziehung des Abfindungsanspruchs . . . . .	1464
II. Abwicklung der aufgelösten Gesellschaft . . . . .	1465
III. Verwertung eines unübertragbaren Gesellschaftsanteils . . . . .	1465
IV. Verwertung eines übertragbaren Gesellschaftsanteils . . . . .	1465
H. Verwertung unbeweglicher Gegenstände . . . . .	1466
I. Besitzergreifung und Freigabe. . . . .	1466
II. Finanzierung der Betriebsfortführung durch den Grundpfandgläubiger . . . . .	1467
III. Steuerliche Konsequenzen . . . . .	1467
I. Verwertung beweglicher Gegenstände . . . . .	1467
I. Grundlagen . . . . .	1467
II. Verwertung von Absonderungsgut. . . . .	1468
J. Forderungseinzug. . . . .	1468
I. Grundlagen . . . . .	1468
II. Zur Sicherung abgetretener Forderungen . . . . .	1469
III. Praktische Umsetzung . . . . .	1469
IV. Verkauf von Forderungen . . . . .	1470
K. Verwertung von Aufträgen. . . . .	1470
L. Sonstige Ansprüche der Masse . . . . .	1470
I. Kapitalaufbringung. . . . .	1470
1. Erbringung der Stammeinlage . . . . .	1470
2. Verjährung . . . . .	1472
3. Gerichtliche Durchsetzung . . . . .	1472
4. Sicherung der Kapitalaufbringung . . . . .	1473
II. Kapitalerhaltung. . . . .	1474
III. Durchgriffshaftung gegen die Gesellschafter . . . . .	1474
1. Existenzvernichtender Eingriff. . . . .	1474
2. Vermögensvermischung . . . . .	1475
3. Unterkapitalisierung. . . . .	1476
4. Missbrauch . . . . .	1476
IV. Geschäftsleiterhaftung. . . . .	1476
1. Insolvenzverschleppung . . . . .	1476
2. Haftung wegen Pflichtverletzung . . . . .	1479
<b>Kapitel 25 Immobilienvermögen des Schuldners . . . . .</b>	<b>1481</b>
A. Eintragung eines Insolvenzvermerks im Grundbuch . . . . .	1481
B. Verwaltung des Grundbesitzes . . . . .	1482
I. Verwaltung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	1482
1. Allgemeine Pflichten des Insolvenzverwalters . . . . .	1482
2. Pflichten des Insolvenzverwalters bei Miet- und Pachtverhältnissen . . . . .	1483
3. Wohnungseigentum . . . . .	1484
II. Zwangsverwaltungsverfahren . . . . .	1485
1. Allgemeines . . . . .	1485
2. »Kalte« Zwangsverwaltung . . . . .	1486
3. Gewerbebetrieb auf zwangsverwalteter Immobilie. . . . .	1486
4. Zwangsverwaltung und Einkommensteuer . . . . .	1487
5. Einstweilige Einstellung der Zwangsverwaltung . . . . .	1487
C. Verwertung des Grundbesitzes . . . . .	1487
I. Allgemeines . . . . .	1487
II. Freihändige Verwertung. . . . .	1488

**Inhaltsverzeichnis**

1. Übererlös bei teilbelastetem Grundstück . . . . .	1489
2. Erlösanteil bei überbelastetem Grundbesitz . . . . .	1489
3. Lästigkeitsprämie . . . . .	1490
4. Notarielle Beurkundung des Kaufvertrages . . . . .	1490
III. Zwangsversteigerung . . . . .	1491
1. Antragsbefugnis . . . . .	1491
2. Verfahren . . . . .	1492
3. Versteigerungstermin . . . . .	1493
4. Verteilungsverfahren . . . . .	1494
5. Einstweilige Einstellung . . . . .	1495
IV. Verwertung von Zubehör . . . . .	1496
1. Vor Beschlagnahme . . . . .	1496
2. Nach Beschlagnahme . . . . .	1496
3. Dritteigentum . . . . .	1496
V. Freigabe . . . . .	1497
D. Sonderprobleme . . . . .	1497
I. Altlasten . . . . .	1497
1. Ersatzvornahme . . . . .	1497
2. Freigabe . . . . .	1497
3. Wertausgleich . . . . .	1498
II. Steuerliche Fragen . . . . .	1498
1. Grunderwerbsteuer . . . . .	1499
2. Umsatzsteuer . . . . .	1499
3. Einkommensteuer . . . . .	1499
4. Zubehör . . . . .	1500
5. Freigabe . . . . .	1500
III. Nutzungsüberlassung durch Gesellschafter . . . . .	1500
<b>Kapitel 26 Urheber-, Patent-, Marken- und sonstige Schutzrechte in der Insolvenz . . . .</b>	<b>1502</b>
A. Allgemeines . . . . .	1502
B. Verwertung von Immaterialgüterrechten des Schuldners . . . . .	1503
I. Urheberrecht . . . . .	1503
1. Wesen des Urheberrechts . . . . .	1503
2. Verwertung . . . . .	1503
3. Original-Werke . . . . .	1504
4. Vorrichtungen . . . . .	1504
5. Vervielfältigungsstücke . . . . .	1504
II. Erfindungen, Patente . . . . .	1505
1. Erfindungen . . . . .	1505
2. Arbeitnehmererfindung . . . . .	1505
3. Patente . . . . .	1506
III. Lizenzen . . . . .	1507
1. Einfache und ausschließliche Lizenzen . . . . .	1507
2. Lizenzverträge . . . . .	1507
IV. Gebrauchsmuster . . . . .	1508
1. Schutz des Gebrauchsmusters . . . . .	1508
2. Übertragbarkeit . . . . .	1508
V. Design . . . . .	1508
1. Gegenstand . . . . .	1508
2. Übertragbarkeit . . . . .	1509
VI. Marken . . . . .	1509
1. Markenschutz . . . . .	1509
2. Übertragbarkeit . . . . .	1510
3. Markengebühr . . . . .	1510
VII. Internet-Domains . . . . .	1510
VIII. Know-how . . . . .	1511
C. Verwertung sicherungsübertragener sonstiger Rechte . . . . .	1512



<b>Kapitel 27</b>	<b>Gesellschaftsrecht und Insolvenz</b>	1513
A.	Das Verhältnis zwischen Insolvenzrecht und Gesellschaftsrecht	1518
B.	Insolvenzrechtliche Besonderheiten bei Gesellschaftsinsolvenzen	1519
I.	Juristische Personen	1520
1.	Insolvenzfähigkeit	1520
2.	Antragsrecht/Antragspflicht	1522
3.	Insolvenzmasse der juristischen Person	1524
4.	Erweiterung der Verwalterpflichten: Grundsatz der Vollbeendigung?	1524
5.	Kompetenzverteilung aus Sicht des Insolvenzverwalters	1525
6.	Insolvenzrechtliche Organpflichten	1529
II.	Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	1530
1.	Insolvenzfähigkeit	1530
2.	Antragsrecht/Antragspflicht	1530
3.	Insolvenzmasse der Gesellschaft: Persönliche Haftung der Gesellschafter	1531
4.	Kompetenzverteilung aus Sicht des Insolvenzverwalters	1534
5.	Erweiterung der Verwalterpflichten: Grundsatz der Vollbeendigung?	1534
C.	Gesellschaftsrechtliche Fragen bei Insolvenz der Gesellschaft	1534
I.	Schicksal der Gesellschaft	1534
1.	Auflösung der Gesellschaft	1534
2.	Fortsetzung durch Beschluss	1535
II.	Kompetenzverteilung aus Sicht der Organe	1535
1.	Rechte/Pflichten der Organe	1536
2.	Rechte/Pflichten der Gesellschafter	1537
3.	Haftung für Masseverbindlichkeiten bei Personengesellschaften	1538
4.	Die Organe in der Insolvenzantragsphase	1538
III.	Exkurs: Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse	1538
D.	Die Gesellschafterinsolvenz	1539
I.	Schicksal des Gesellschaftsanteils	1540
1.	Gesellschaftsvertragliche Regelungen	1540
2.	Gesetzliche Regelungen	1540
3.	Sonderfall: Insolvenz des Gesellschafters einer »Einmann-GmbH«	1541
II.	Der Ausschluss des Gesellschafters	1541
1.	Besonderheit: Der Ausschluss aus einer zweigliedrigen Gesellschaft	1542
2.	Der Abfindungsanspruch	1545
III.	Unverändertes Fortbestehen der Gesellschaft	1547
1.	Beteiligung an einer juristischen Person	1547
2.	Beteiligung an einer Personengesellschaft	1550
IV.	Auflösung der Gesellschaft	1552
E.	Die Insolvenz ausländischer Gesellschaften	1552
F.	Insolvenzrechtliche Aspekte des Umwandlungsrechts	1553
G.	Bemerkungen zu einzelnen Gesellschaftsformen	1554
I.	Die AG	1554
1.	Grundlagen	1554
2.	Aktienrechtliche Besonderheiten	1554
3.	Börsennotierte AG	1556
II.	Die GmbH & Co. KG	1557
III.	Die KG auf Aktien	1558
IV.	Die Genossenschaft	1558
1.	Grundlagen	1558
2.	Nachschusspflicht	1559
3.	Stellung der Genossen im Insolvenzverfahren	1560
V.	Der Verein	1560
VI.	Die Stiftung	1561
VII.	Stille Gesellschaft	1562
1.	Grundsätzliches	1562
2.	Insolvenz des Unternehmensträgers	1562
3.	Insolvenz des stillen Gesellschafters	1564

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Kapitel 28 Die Bankgeschäfte des Schuldners</b>	1566
A. Zahlungsverkehr	1570
I. Einleitende Bemerkungen	1570
II. Die Kontoverbindung = der »grundlegende« Geschäftsbesorgungsvertrag zur Erbringung von Zahlungsdiensten (§ 675c Abs. 1 BGB).	1573
1. Zahlungsdiensterahmenvertrag/Online-Banking-Abrede	1573
2. Unterrichtungspflichten	1574
3. Allgemeiner Bankvertrag?	1574
4. Zahlungskonto/Kundenkennung	1575
5. Girovertrag/Girokonto	1575
III. Die übliche »Ergänzung«: die Kontokorrentabrede nach § 355 HGB.	1576
1. Geschäftsverbindung	1576
2. In-Rechnung-Stellen der beiderseitigen Ansprüche	1576
3. Verrechnung	1576
4. Kausale Saldoforderung	1577
5. Saldoanerkennung	1577
6. Rechnungsabschluss versus Kontoauszug.	1578
IV. ZDRV und gesetzliche »Know your Customer«-Vorgaben	1578
1. Steuerrechtliche Vorgaben.	1578
2. Geldwäscherechtliche Vorgaben	1579
V. Kontoinhaberschaft und Verfügungsberechtigung	1580
1. Kontoinhaberschaft	1581
2. Verfügungsberechtigung/Vollmacht	1583
3. Exkurs: besondere Ausprägungen des ZDRV sowie Abgrenzung zu weiteren relevanten »Kontoformen«	1584
VI. Bankgeheimnis/Bankauskunft (sowie »Auskünfte« in der Insolvenz).	1587
1. Bankgeheimnis	1587
2. Bankauskunft	1588
3. (Bank-)Auskunft im Insolvenzverfahren	1588
VII. Die Ausgestaltung des Zahlungsverkehrs nach ZDRV-Abschluss	1588
1. Entgelte/Wertstellung.	1588
2. Die Zahlungsdienste im Einzelnen	1589
3. Denkbare Zusatzvereinbarungen	1598
VIII. Einzelzahlungsvertrag	1605
IX. Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens	1605
1. Insolvenzantrag	1606
2. Anordnung vorläufiger Maßnahmen durch das Insolvenzgericht.	1606
3. Abweisung mangels Masse (§ 26 InsO).	1611
4. Eröffnung des Regel-Insolvenzverfahrens.	1611
5. Eröffnung des Eigenverwaltungsverfahrens	1614
X. Zahlungsverkehr im (eröffneten) Insolvenzverfahren	1614
1. Exkurs: Vorläufige Insolvenz und »Einzugskonto«.	1614
2. Eröffnetes Insolvenzverfahren	1614
3. Das durchgeführte Verfahren.	1615
4. Verbraucherinsolvenzverfahren.	1615
B. Kreditgeschäft	1615
I. Einleitende Bemerkungen	1615
II. Die zivilrechtlichen Rahmenbedingungen der Kreditgeschäfte.	1616
III. Zahlungs- bzw. Geldkredite	1617
1. »Klassische« Einordnung.	1617
2. Rechtliche Ausgestaltung	1618
3. Der Verbraucherdarlehensvertrag	1620
4. Der »Unternehmer«-Darlehensvertrag.	1622
5. Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens	1623
IV. Haftungskredite	1630
1. Avalkredit.	1630
2. Akzeptkredit	1634
3. Akkreditiv.	1634

V.	Leasing . . . . .	1637
1.	Parteien des Leasingvertrags. . . . .	1638
2.	Kreditinstitut als Leasinggeber . . . . .	1638
3.	Kreditinstitut als Refinanzierer des Leasinggebers . . . . .	1641
VI.	Factoring. . . . .	1644
1.	Factoringrahmenvertrag . . . . .	1644
2.	Echtes Factoring . . . . .	1644
3.	Unechtes Factoring . . . . .	1645
4.	Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens . . . . .	1645
5.	Forfaitierung. . . . .	1646
VII.	Kreditgeschäfte im (eröffneten) Insolvenzverfahren . . . . .	1646
1.	Kreditgeschäfte im vorläufigen Regelinsolvenzverfahren. . . . .	1647
2.	Besonderheiten bei Kreditgeschäften im vorläufigen Eigenverwaltungsverfahren . . . . .	1649
3.	Kreditgeschäfte im eröffneten Verfahren . . . . .	1650
C.	Exkurs: Finanzleistungen (§ 104 InsO) . . . . .	1655
I.	Close-out-netting . . . . .	1655
II.	Finanzleistung . . . . .	1655
III.	Insolvenzfall. . . . .	1656
<b>Kapitel 29 Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz . . . . .</b>		<b>1657</b>
A.	Arbeitsrecht. . . . .	1658
I.	Das Arbeitsrecht im Insolvenzeröffnungsverfahren. . . . .	1659
1.	Keine Anwendung der §§ 113, 120 bis 128 InsO. . . . .	1659
2.	Kündigungsbefugnis, speziell: Schriftformerfordernis . . . . .	1659
3.	Vorläufige Eigenverwaltung, §§ 270a, b InsO . . . . .	1661
II.	Das Arbeitsrecht im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	1661
1.	Der Insolvenzverwalter als Arbeitgeber . . . . .	1661
2.	Freigabe, § 35 InsO . . . . .	1662
3.	Kündigung und Kündigungsschutz in der Insolvenz . . . . .	1662
III.	Altersteilzeit in der Insolvenz . . . . .	1674
1.	Betriebsbedingte Kündigung beim Blockmodell . . . . .	1674
2.	Rang der Entgeltansprüche im Blockmodell . . . . .	1675
IV.	Rang der Entgeltansprüche . . . . .	1676
1.	Allgemeines . . . . .	1676
2.	Tarifliche Ausschlussfristen . . . . .	1678
3.	Zeitliche Zuordnung, ausgewählte Einzelfragen . . . . .	1678
4.	Behandlung der Entgeltansprüche bei Masseunzulänglichkeit. . . . .	1682
5.	Entgeltansprüche in der insolvenzrechtlichen Verteilung . . . . .	1685
V.	Tarifverträge und Betriebsverfassung in der Insolvenz. . . . .	1686
1.	Allgemeines . . . . .	1686
2.	Fortgeltung von Tarifverträgen/Betriebsvereinbarungen; Kündigung von Betriebsvereinbarungen . . . . .	1686
3.	Betriebsänderung und Interessenausgleich . . . . .	1688
4.	Sozialplan, §§ 123, 124 InsO . . . . .	1699
VI.	Betriebsübergang, § 613a BGB. . . . .	1702
1.	Bestandsschutz/Kontinuität des Betriebsrats. . . . .	1702
2.	Haftungsverteilung im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	1703
3.	Einschränkung des § 613a BGB durch § 128 InsO . . . . .	1704
4.	Wiedereinstellungs- oder Fortsetzungsanspruch . . . . .	1704
VII.	Der Kündigungsschutzprozess . . . . .	1706
1.	Klagefrist . . . . .	1706
2.	Richtiger Beklagter . . . . .	1706
3.	Prozesskostenhilfe . . . . .	1707
B.	Sozialrecht . . . . .	1707
I.	Melde- und Beitragspflichten . . . . .	1707
II.	Insolvenzgeld, §§ 165 ff. SGB III . . . . .	1709
1.	Grundlage: EU-Recht. . . . .	1709
2.	Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	1710

**Inhaltsverzeichnis**

3.	Insolvenzgeldzeitraum . . . . .	1712
4.	Anspruch auf Arbeitsentgelt, § 165 Abs. 2 Satz 1 SGB III . . . . .	1713
5.	Betriebliche Altersversorgung aus Entgeltumwandlung, § 165 Abs. 2 Satz 3 SGB III. . . . .	1717
6.	Höhe des Insolvenzgeldes, § 167 Abs. 1 SGB III . . . . .	1718
7.	Ausschlussfrist/Anspruchsübergang. . . . .	1719
8.	Insolvenzgeldbescheinigung. . . . .	1720
9.	Vorschuss, § 168 SGB III, und Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes, § 170 SGB III . . . . .	1720
III.	Kurzarbeit, §§ 95 ff. SGB III . . . . .	1722
1.	Einführung von Kurzarbeit (Arbeitsrecht) . . . . .	1722
2.	Sozialrechtliche Voraussetzungen für die Gewährung von Kurzarbeitergeld (KuG) . . . . .	1722
3.	Kurzarbeit bei Personalabbau. . . . .	1723
4.	Verfahren . . . . .	1723
5.	Verhältnis Kurzarbeitergeld zu Insolvenzen und Insolvenzgeld . . . . .	1723
IV.	Transferleistungen, § 110 ff. SGB III. . . . .	1724
<b>Kapitel 30 Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz. . . . .</b>		<b>1727</b>
A.	Grundsätzliches . . . . .	1728
I.	Gesetzliche Rahmenbedingungen . . . . .	1728
II.	Änderungen durch das Alterseinkünftegesetz . . . . .	1729
1.	Abfindung von Versorgungsanwartschaften . . . . .	1729
2.	Portabilität und Übertragungswert . . . . .	1730
3.	Auskunftsanspruch. . . . .	1730
B.	Durchführung der betrieblichen Altersversorgung. . . . .	1730
I.	Geltungsbereich des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG) . . . . .	1731
1.	Sachlicher Geltungsbereich . . . . .	1731
2.	Persönlicher Geltungsbereich, § 17 Abs. 1 BetrAVG . . . . .	1732
3.	Anwendungsbereich bei Entgeltumwandlung. . . . .	1734
II.	Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung . . . . .	1734
1.	Unmittelbare Versorgungszusage . . . . .	1735
2.	Direktversicherung. . . . .	1735
3.	Pensionskasse . . . . .	1736
4.	Unterstützungskasse . . . . .	1737
5.	Pensionsfonds . . . . .	1737
6.	Verschaffungsanspruch des Arbeitnehmers. . . . .	1738
III.	Leistungsformen, § 1 Abs. 1, 2 BetrAVG . . . . .	1738
1.	Leistungszusage . . . . .	1738
2.	Beitragsorientierte Leistungszusage/Beitragszusage mit Mindestleistung . . . . .	1738
3.	Entgeltumwandlung. . . . .	1739
4.	Reine Beitragszusage, »pay and forget« . . . . .	1740
IV.	Rechtsgrundlage von Versorgungsversprechen. . . . .	1740
V.	Unverfallbarkeit . . . . .	1741
1.	Voraussetzungen der Unverfallbarkeit, § 1b BetrAVG . . . . .	1741
2.	Höhe der unverfallbaren Anwartschaft . . . . .	1742
VI.	Abfindungsverbot, § 3 BetrAVG . . . . .	1742
VII.	Anpassungsprüfung, § 16 BetrAVG. . . . .	1742
C.	Schicksal betrieblicher Altersversorgung in der Insolvenz . . . . .	1744
I.	Grundlagen . . . . .	1744
II.	Insolvenzgesicherte Ansprüche . . . . .	1745
III.	Ungesicherte Ansprüche . . . . .	1745
1.	Rückständige Versorgungsleistungen, § 7 Abs. 1a Satz 3 BetrAVG . . . . .	1745
2.	Gesetzlich noch nicht unverfallbare Anwartschaften . . . . .	1745
3.	Eintritt der Unverfallbarkeit während des Insolvenzverfahrens . . . . .	1745
4.	Direktversicherung. . . . .	1746
5.	Unterstützungskasse. . . . .	1746
6.	Pensionsfonds/Pensionskasse . . . . .	1747
D.	Gesetzliche Insolvenzsicherung. . . . .	1747
I.	Pensions-Sicherungs-Verein aG (PSV) – Träger der Insolvenzsicherung . . . . .	1747
1.	Rechtsstellung des PSV. . . . .	1747

2. Rechtsbeziehungen des PSV .....	1747
3. Beiträge, § 10 BetrAVG .....	1748
4. Kommunikation mit dem PSV, Informationen .....	1748
II. Voraussetzungen des Insolvenzversicherungsanspruchs .....	1749
1. Gesicherte Anspruchsberechtigte .....	1749
2. Gesicherte Versorgungsleistungen und -anwartschaften .....	1749
III. Sicherungsfälle, § 7 Abs. 1 BetrAVG .....	1749
1. Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	1749
2. Abweisung des Antrags auf Insolvenzeröffnung mangels Masse .....	1750
3. Außergerichtlicher Vergleich .....	1750
4. Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit ohne Insolvenzantrag .....	1750
IV. Insolvenzgesicherte Versorgungsansprüche und -anwartschaften .....	1751
1. Versorgungsansprüche .....	1751
2. Versorgungsanwartschaften .....	1751
3. Versicherungsmissbrauch .....	1752
4. Beginn und Ende von Einstandspflicht und Leistung des PSV/Verjährung .....	1753
5. Höhe der gesicherten Leistungen .....	1754
V. Praktische Durchführung der gesetzlichen Insolvenzversicherung .....	1754
1. Mitteilungspflichten des Insolvenzverwalters .....	1754
2. Auskunftsrecht des Insolvenzverwalters .....	1755
3. Mitteilungspflicht des PSV und Anmeldepflicht der Versorgungsberechtigten .....	1755
4. Leistungseintritt und -abwicklung durch den PSV .....	1756
5. Forderungs- und Vermögensübergang auf den PSV .....	1756
6. Beteiligung des PSV im Insolvenzverfahren .....	1758
7. Beteiligung des PSV im Insolvenzplanverfahren .....	1760
8. Das Abfindungsrecht des Insolvenzverwalters .....	1761
E. Direktversicherungen in der Insolvenz .....	1761
I. Auswirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	1761
II. Insolvenz des Arbeitgebers (Versicherungsnehmer) .....	1762
1. Widerrufliches Bezugsrecht .....	1762
2. Unwiderrufliches Bezugsrecht .....	1763
3. Eingeschränkt unwiderrufliches Bezugsrecht .....	1763
4. Verwertung der (abgetretenen) Direktversicherung .....	1764
III. Insolvenz des Arbeitnehmers (Bezugsberechtigter) .....	1766
1. Massezugehörigkeit .....	1766
2. Auswirkung betriebsrentenrechtlicher Verfügungsbeschränkungen .....	1767
F. Private Insolvenzversicherung .....	1768
I. Rückdeckungsversicherungen .....	1768
1. Anwendungsfälle .....	1768
2. Ausgestaltung der Insolvenzversicherung .....	1769
3. Verwertung verpfändeter Rückdeckungsversicherungen .....	1770
II. Doppeltreuhand .....	1770
G. Betriebliche Altersversorgung beim Betriebsübergang in der Insolvenz .....	1771
I. Relevanz und allgemeine Systematik .....	1771
II. Reichweite von § 613a BGB beim Betriebsübergang in der Insolvenz .....	1771
1. Haftung bis zur Insolvenzeröffnung .....	1772
2. Haftung ab Betriebsübergang .....	1772
3. Haftung zwischen Insolvenzeröffnung und Betriebsübergang .....	1772
4. Haftung des PSV .....	1773
H. Prozessuale Besonderheiten .....	1773
I. Rechtsweg .....	1773
II. Örtliche Zuständigkeit .....	1774
III. Klageart und Streitverkündung .....	1774
<b>Kapitel 31 Steuern in der Insolvenz (Grundlagen) .....</b>	<b>1775</b>
A. Verhältnis von Insolvenzrecht und Steuerrecht .....	1780
B. Formelles Insolvenzsteuerrecht .....	1780
I. Einführung .....	1780

## Inhaltsverzeichnis

---

	1. Steuern aus der Zeit vor und nach der Insolvenzeröffnung . . . . .	1780
	2. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung . . . . .	1782
II.	Der Insolvenzschuldner und seine steuerrechtliche Stellung . . . . .	1785
	1. Steuerrechtliche Stellung . . . . .	1785
	2. Steuerrechtliche Pflichten . . . . .	1786
	3. Steuerrechtliche Haftung des Organs des Insolvenzschuldners . . . . .	1786
III.	Der Insolvenzverwalter und seine steuerrechtliche Stellung . . . . .	1789
	1. Allgemeines . . . . .	1789
	2. Steuerrechtliche Pflichten . . . . .	1790
	3. Auskunftsrechte gegenüber den Finanzbehörden . . . . .	1794
	4. Steuerrechtliche Haftung . . . . .	1796
	5. Persönliche steuerrechtliche Stellung . . . . .	1798
IV.	Die Finanzbehörde als Beteiligte des Insolvenzverfahrens . . . . .	1799
	1. Insolvenzantrag . . . . .	1799
	2. Anmeldung von Steuerforderungen zur Insolvenztabelle . . . . .	1801
	3. Steuern und steuerliche Nebenleistungen (Verspätungs- und Säumniszuschläge, Zinsen) als Insolvenzforderungen oder Masseverbindlichkeiten . . . . .	1802
	4. Prüfungsverfahren . . . . .	1804
	5. Vollstreckung von Steuerforderungen . . . . .	1805
	6. Aufrechnung mit und gegen Steuerforderungen . . . . .	1807
	7. Zustimmung des Finanzamts zu einem Insolvenzplan . . . . .	1809
	8. Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	1809
C.	Materielles Insolvenzsteuerrecht . . . . .	1810
I.	Umsatzsteuer . . . . .	1810
	1. Aufspaltung des Unternehmens in verschiedene Unternehmensteile . . . . .	1810
	2. Insolvenzrechtliche Zuordnung von Umsatzsteuerforderungen . . . . .	1810
	3. Organschaft . . . . .	1816
	4. Erfüllungswahl (§ 103 InsO) . . . . .	1818
	5. Insolvenzanfechtung . . . . .	1819
	6. Verwertung von beweglichem Sicherungsgut . . . . .	1820
	7. Verwertung von Grundstücken . . . . .	1823
	8. Verwertung von abgetretenen Forderungen . . . . .	1825
	9. Rechnungsausweis . . . . .	1826
	10. Vorsteuer und Vorsteuerberichtigungen . . . . .	1827
	11. Aufrechnung der Finanzbehörde gegen Umsatzsteuer-Erstattungsansprüche . . . . .	1830
II.	Einkommensteuer . . . . .	1831
	1. Allgemeines . . . . .	1831
	2. Insolvenzrechtliche Zuordnung der Einkommensteuerschuld . . . . .	1833
	3. Aufteilung der Einkommensteuerschuld . . . . .	1834
	4. Insolvenzanfechtung . . . . .	1835
	5. Personengesellschaften und Insolvenz . . . . .	1836
	6. Veranlagung von Ehegatten . . . . .	1837
	7. Kapitalertragsteuer . . . . .	1839
	8. Behandlung von Sanierungserträgen . . . . .	1839
III.	Lohnsteuer . . . . .	1842
	1. Allgemeine Pflichten des Insolvenzverwalters . . . . .	1842
	2. Inanspruchnahme von Arbeitslosen- oder Insolvenzgeld . . . . .	1843
	3. Haftung des Insolvenzverwalters . . . . .	1843
	4. Aufrechnung . . . . .	1843
IV.	Körperschaftsteuer . . . . .	1844
	1. Liquidationsbesteuerungszeitraum . . . . .	1844
	2. Organschaft . . . . .	1845
	3. Verlustuntergang . . . . .	1845
V.	Gewerbsteuer . . . . .	1846
	1. Gewerbesteuerpflicht während des Insolvenzverfahrens . . . . .	1846
	2. Gewerbsteuer für das Jahr der Insolvenzeröffnung . . . . .	1846
VI.	Grunderwerbsteuer . . . . .	1847
	1. Abgrenzung Masseverbindlichkeit – Insolvenzforderung . . . . .	1847

2. Erstattungsanspruch. . . . .	1847
VII. Kraftfahrzeugsteuer. . . . .	1847
VIII. Grundsteuer . . . . .	1849
IX. Bauabzugsteuer . . . . .	1849
X. Erbschaft- und Schenkungsteuer. . . . .	1850
<b>Kapitel 32 Die Masseverbindlichkeiten und der Aufwand zum Betrieb des Insolvenzver-</b> <b>fahrens (»Masselasten«) . . . . .</b>	<b>1851</b>
A. Einleitung. . . . .	1851
I. Kosten, Aufwand und Pflichten . . . . .	1851
II. Pflichten als Masseverbindlichkeiten . . . . .	1852
III. Die Probleme. . . . .	1852
B. Der Verwaltungsaufwand als Masseverbindlichkeit (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO) . . . . .	1853
I. Der Tatbestand. . . . .	1854
II. Die zweite Alternative als Einfallstor . . . . .	1854
III. Die Kosten der Verwaltung . . . . .	1854
C. Zur Äquivalenz der »Masselasten« mit der Gläubigerbefriedigung . . . . .	1855
I. Die Vollliquidation als Verfahrensinhalt. . . . .	1855
II. Das haftungsrechtliche Prinzip . . . . .	1856
D. Das Äquivalenzprinzip . . . . .	1857
I. Freigabe . . . . .	1858
II. Relativierung der »Masselasten« . . . . .	1860
III. »Masselasten« aus gesetzlichen Pflichten. . . . .	1860
E. Wirkung der »Masselasten« bei Masseinsuffizienz . . . . .	1861
I. Die Probleme. . . . .	1861
1. Konkurrenz der Pflichten . . . . .	1861
2. Unbeherrschbare Massepflichten . . . . .	1861
3. Beeinträchtigung der Betriebsfortführung . . . . .	1862
4. Stundungsverfahren (§ 4a InsO) . . . . .	1862
II. Keine tauglichen Instrumente der InsO . . . . .	1862
1. »Masselasten« und die Kostendeckungsrechnung (§ 26 InsO) . . . . .	1862
2. Unverzügliche Einstellung gem. § 207 InsO . . . . .	1864
3. Vollstreckungssperre gem. § 90 InsO . . . . .	1864
4. Anzeige der Masseunzulänglichkeit (§ 208 InsO) . . . . .	1865
5. Freigabe . . . . .	1866
F. Die Massepflichten im Einzelnen . . . . .	1866
I. Kosten der Verwaltung . . . . .	1867
1. Aufwand zur Geschäftsführung . . . . .	1867
2. Kosten zur Abwehr unberechtigter Ansprüche . . . . .	1870
3. Kosten der Betriebsfortführung . . . . .	1870
II. Pflichten aus Massegegenständen . . . . .	1870
1. Wohngeld. . . . .	1871
2. Grundsteuern und öffentliche Lasten . . . . .	1871
3. Steuern. . . . .	1871
4. Störungsbeseitigung (§ 1004 BGB) . . . . .	1872
5. Verkehrssicherungspflichten . . . . .	1874
6. Pflicht zur Gefahrenabwehr (Altlasten) . . . . .	1874
III. Masselasten aus Verpflichtungen des Schuldners . . . . .	1876
1. Fortwirken der persönlichen Verpflichtungen des Schuldners . . . . .	1876
2. Kosten der Nichterfüllung. . . . .	1876
3. Pflichten aus Mitgliedschaften . . . . .	1876
4. Masselasten aus dem Neuerwerb . . . . .	1877
5. Steuerliche Pflichten aus dem Neuerwerb . . . . .	1878
IV. Masselasten aus gesetzlichen Pflichten . . . . .	1880
1. Pflicht zur Herstellung und Fortführung des Buchwerks (§ 155 InsO) . . . . .	1880
2. Steuerliche Pflichten. . . . .	1883
3. Pflicht zum Erstellen von Verdienstbescheinigungen . . . . .	1884
4. Pflicht zur Aktenarchivierung . . . . .	1885

Inhaltsverzeichnis

5. Melde- und Statistikpflichten ..... 1886

V. Zusammenfassung und Ergebnis. .... 1886

**Kapitel 33 Datenschutz und Insolvenzverwaltung ..... 1889**

A. Einführung ..... 1889

B. Überblick ..... 1890

C. Datenschutz in der Insolvenzkanzlei ..... 1891

I. Die Rolle des Insolvenzverwalters ..... 1892

1. Die Stellung des Insolvenzverwalters im eröffneten Verfahren. .... 1892

2. Die Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters ..... 1896

II. Datenschutzrechtliche Pflichten des Verantwortlichen ..... 1897

1. Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten ..... 1898

2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten. .... 1899

3. Art und Weise der Verarbeitung personenbezogener Daten ..... 1899

III. Sanktionen ..... 1906

1. Bußgelder ..... 1906

2. Schadenersatz ..... 1908

3. Strafbarkeit ..... 1909

D. Datenschutz im Rahmen der Verwertung ..... 1909

I. Personenbezogene Daten als Gegenstand der Verwertung ..... 1909

II. Relevante Fallkonstellationen ..... 1911

1. Verwertungsvorbereitung und Due Diligence. .... 1911

2. Share Deal und Gesamtrechtsnachfolge. .... 1913

3. Asset Deal. .... 1913

**Kapitel 34 Haftung des Insolvenzverwalters ..... 1917**

A. Rechtsgrund ..... 1918

I. Haftung gem. § 60 InsO ggü. allen Beteiligten ..... 1919

II. Haftung gem. § 61 InsO ggü. Massegläubigern ..... 1919

1. Ungedekte Masseschuld ..... 1919

2. Zeitpunkt der Begründung ..... 1920

3. Andere Gründe ..... 1920

4. Pflichtwidrige Begründung ..... 1920

5. Beweislast ..... 1920

III. Sonstige Haftungsgründe. .... 1920

1. Zivilrecht ..... 1920

2. Öffentliches Recht ..... 1921

IV. Haftung für Dritte ..... 1921

1. Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfe ..... 1921

2. Innenverhältnis ..... 1921

3. Unterschiede im Einsatz von Mitarbeitern des Schuldners oder des Verwalters ..... 1921

4. Aufgabenübertragung auf selbständige Vertragspartner ..... 1922

V. Anspruchskonkurrenzen ..... 1923

1. Massehaftung und Verwalterhaftung. .... 1923

2. Konkurrenzen der Verwalterhaftung ..... 1924

B. Insolvenzspezifische Pflichten. .... 1925

I. Persönliche Haftung ..... 1925

1. Vorläufiger Insolvenzverwalter ..... 1925

2. Sachverständiger, Bescheiniger gem. § 270d Abs. 1 S. 1 InsO ..... 1928

3. Insolvenzverwalter ..... 1929

4. (Vorläufiger) Sachwalter, Eigenverwalter und Treuhänder. .... 1931

II. Gesamtschaden ..... 1933

1. Gemeinschaftsschaden ..... 1934

2. Quotenschaden ..... 1934

3. Sondermasse ..... 1935

4. Inbesitznahme der Masse ..... 1935

5. Masseerhaltung ..... 1940

6. Masseverwertung ..... 1943



III.	Einzel Schaden . . . . .	1947
1.	Insolvenzschuldner . . . . .	1947
2.	Aus- und Absonderungsberechtigte . . . . .	1949
3.	Massegläubiger . . . . .	1955
4.	Insolvenzgläubiger . . . . .	1963
5.	Andere Beteiligte . . . . .	1965
6.	Insolvenzplanverfahren . . . . .	1966
C.	Haftung nach allgemeinen Grundsätzen . . . . .	1967
I.	Vertragliche Haftung . . . . .	1967
1.	Vorvertragliche Haftung . . . . .	1967
2.	Sondervereinbarungen . . . . .	1968
3.	Einzel Schaden . . . . .	1968
II.	Deliktische Haftung . . . . .	1968
1.	Massezurechnung . . . . .	1968
2.	Haftung wegen bewusster Schädigung . . . . .	1969
III.	Arbeits- und sozialrechtliche Pflichten . . . . .	1969
1.	Arbeitnehmer . . . . .	1970
2.	Sozialversicherungsträger . . . . .	1970
IV.	Steuerrechtliche Haftung . . . . .	1970
1.	Steuerliche Pflichten . . . . .	1971
2.	Haftungsbescheid . . . . .	1972
3.	Anteilige Tilgung . . . . .	1972
4.	Umsatzsteuer . . . . .	1972
5.	Verhältnis zu §§ 60, 61 InsO . . . . .	1972
6.	Insolvenzspezifische Pflichten . . . . .	1973
7.	Steuermasseschuld . . . . .	1973
8.	Verfahrensbeendigung . . . . .	1973
D.	Verschuldenshaftung . . . . .	1974
I.	Vorsatz und Fahrlässigkeit . . . . .	1974
1.	Sorgfaltspflicht . . . . .	1974
2.	Zustimmungen . . . . .	1974
3.	Allgemeines Haftungsmaß . . . . .	1975
II.	Irrtum . . . . .	1975
III.	Mitwirkendes Verschulden . . . . .	1976
E.	Schaden . . . . .	1976
I.	Ursächlichkeit . . . . .	1976
1.	Haftungsbegründung . . . . .	1976
2.	Haftungsausfüllung . . . . .	1977
II.	Schaden . . . . .	1977
1.	Negatives Interesse . . . . .	1977
2.	Vorteilsausgleichung . . . . .	1978
3.	Haftung Dritter . . . . .	1978
F.	Gerichtsstand und Verjährung . . . . .	1978
I.	Gerichtsstand . . . . .	1978
II.	Verjährung . . . . .	1979
1.	Verjährungsbeginn . . . . .	1979
2.	Verjährungsende . . . . .	1980
3.	Nachtragsverteilung . . . . .	1980
G.	Freizeichnung und Versicherung . . . . .	1980
I.	Freizeichnung . . . . .	1980
II.	Versicherung . . . . .	1981
1.	Rückwärtsversicherung . . . . .	1981
2.	Versicherungssumme . . . . .	1982
3.	Gesonderte Versicherung . . . . .	1982
4.	Risikoausschlüsse . . . . .	1982
5.	Obliegenheiten . . . . .	1983
6.	Abgesonderte Befriedigung aus der Versicherung bei Insolvenz des Insolvenzverwalters . . . . .	1983

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Kapitel 35 Vergütung der Insolvenzorgane</b>	1985
A. Grundlagen des Vergütungsrechts	1986
I. Entstehen des Anspruchs	1987
II. Fälligkeit	1987
III. Verjährung	1987
IV. Festsetzung durch das Gericht	1989
V. Rechtsmittel	1990
VI. Erstattung aus der Staatskasse	1991
VII. Verzinsung der Vergütung	1992
B. Vergütung des Insolvenzverwalters	1993
I. Berechnungsgrundlage (§ 1 InsVV)	1993
1. Wert der Insolvenzmasse bei vorzeitiger Beendigung	1993
2. Maßgebliche Masse	1994
3. Abfindung von Aus- und Absonderungsrechten (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 InsVV)	1995
4. Aufrechnungslagen/Masseverbindlichkeiten (§ 1 Abs. 2 Nr. 3, 4 InsVV)	1996
5. Unternehmensfortführung	1997
6. Vorschüsse (§ 1 Abs. 2 Nr. 5 InsVV)	1998
II. Regelsätze (§ 2 InsVV)	1998
1. Mindestvergütung	1998
2. Regelvergütung	1999
III. Zu- und Abschläge (§ 3 InsVV)	2003
1. Bearbeitung von Aus- und Absonderungsrechten	2004
2. Unternehmensfortführung oder Hausverwaltung	2005
3. Degressionsausgleich	2008
4. Arbeitsverhältnisse	2009
5. Ausarbeitung eines Insolvenzplans	2009
6. Weitere Zuschlagskriterien	2011
7. Vergütungsminderungen (Abs. 2)	2014
IV. Auslagenerstattung, Umsatzsteuerausgleich und Vorschuss (§§ 4, 7, 8, 9 InsVV)	2019
1. Steuerberater/Wirtschaftsprüfer/Rechtsanwälte als Hilfskräfte	2020
2. Immobilienverwaltung und -verwertung	2021
3. Verwertung von Insolvenzgut	2022
4. Archivierung von Geschäftsunterlagen	2022
5. Auslagen (§ 4 Abs. 2 InsVV)	2022
6. Haftpflichtversicherung (§ 4 Abs. 3 InsVV)	2023
7. Erstattung von Auslagen (§ 8 InsVV)	2023
8. Umsatzsteuererstattung (§ 7 InsVV)	2025
9. Vorschuss (§ 9 InsVV)	2026
V. Einsatz besonderer Sachkunde (§ 5 InsVV)	2027
VI. Besonders zu vergütende Tätigkeiten (§ 6 InsVV)	2029
C. Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters (§ 11 InsVV)	2031
I. Berechnungsgrundlage	2032
1. Wertansatz	2032
2. Einzelne Vermögenswerte	2033
3. Aus- und Absonderungsrechte	2034
4. Besitzüberlassungsverträge	2035
II. Vorzeitige Verfahrensbeendigung	2035
III. Vergütungshöhe	2036
IV. Fälligkeit der Vergütung und Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters und des vorläufigen Sachwalters	2040
D. Vergütung als Sachverständiger	2041
E. Vergütung des Sachwalters (§ 12 InsVV)	2042
F. Vergütung des vorläufigen Sachwalters (§ 12a InsVV)	2043
G. Vergütung des Insolvenzverwalters im Verbraucherinsolvenzverfahren	2044
I. Vergütung des Insolvenzverwalters in den ab dem 01.07.2014 beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren	2045
II. Vergütung des Treuhänders in den vor dem 01.07.2014 beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren	2045

H.	Vergütung des Treuhänders nach § 293 InsO . . . . .	2047
I.	Vergütung des Sonderinsolvenzverwalters . . . . .	2048
J.	Vergütung des Verfahrenskoordinators (§ 269g InsO) . . . . .	2049
K.	Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses (§§ 17, 18 InsVV) . . . . .	2049
L.	Vergütung des gemeinsamen Vertreters . . . . .	2052
M.	Gerichtskosten. . . . .	2052
	I. Eröffnungsverfahren . . . . .	2052
	II. Durchführung des Insolvenzverfahrens . . . . .	2053
	III. Beschwerdeverfahren. . . . .	2053
N.	Anwendung des alten Rechts nach § 5 Abs. 7 COVInsAG . . . . .	2053
O.	Vergütung des Restrukturierungsbeauftragten §§ 80 ff. StaRUG . . . . .	2054
	I. Gesetzliche Regelvergütung . . . . .	2054
	II. Festsetzung durch das Gericht . . . . .	2055
	III. Überschreiten der Höchstbeträge . . . . .	2055
	IV. Vergütungsvereinbarung . . . . .	2056
	V. Ersatz von Auslagen . . . . .	2056
	VI. Anspruchsgegner . . . . .	2056
	VII. Rechtsmittel . . . . .	2056
P.	Vergütung des Sanierungsmoderators § 98 StaRUG . . . . .	2056
<b>Kapitel 36 Sanierungsrecht. . . . .</b>		<b>2057</b>
A.	Sanierungsrecht . . . . .	2058
B.	Außergerichtliche Verhandlung in der Unternehmenskrise . . . . .	2058
	I. Geschäftsleiter-Pflichten in der Krise . . . . .	2060
	1. Allgemeine Sorgfaltspflicht und Finanzierungsverantwortung. . . . .	2060
	2. Krisenfrüherkennung und Sanierungspflicht . . . . .	2061
	3. Shift of duties: Gesellschafter- vs. Gläubigerinteresse? . . . . .	2061
	4. Insolvenzgründe und Haftung Geschäftsleiter . . . . .	2062
	II. Finanzierung in der Krise. . . . .	2063
	1. Ernsthafter Sanierungsversuch/Sanierungskonzept . . . . .	2063
	2. Stillhaltevereinbarung. . . . .	2065
	3. Überbrückungskredit . . . . .	2066
	4. Sanierungskredit . . . . .	2066
	5. Finanzierungs- und Kapitalmaßnahmen . . . . .	2068
	III. Vertragsverhältnisse in der Krise . . . . .	2070
	1. Kundenverträge . . . . .	2070
	2. Lieferantenverträge . . . . .	2073
	3. Mietverträge . . . . .	2075
	4. Haftungstatbestände . . . . .	2075
	IV. Gesellschafter Pflichten . . . . .	2078
	1. »Sanieren oder Ausscheiden« . . . . .	2078
	2. »Doppelnützige« Sanierungstreuhand . . . . .	2081
	3. Haftung . . . . .	2083
C.	StaRUG . . . . .	2084
	I. SanInsFoG (2021) . . . . .	2084
	II. StaRUG . . . . .	2085
	1. Allgemeines . . . . .	2085
	2. Aufbau. . . . .	2085
	3. Anwendungsbereich . . . . .	2086
	4. Sanierungsinstrumente . . . . .	2086
	III. Sanierungsmoderation. . . . .	2087
	1. Voraussetzungen . . . . .	2087
	2. Bestellung. . . . .	2088
	3. Sanierungsvergleich . . . . .	2088
D.	Insolvenz . . . . .	2089
	I. COVInsAG n.F. jetzt SanInsKG . . . . .	2089
	1. Allgemeines . . . . .	2089
	2. Aussetzung der Insolvenzantragspflicht . . . . .	2090

Inhaltsverzeichnis

3.	Prognosezeitraum der Überschuldungsprüfung .....	2091
4.	Anwendung des bisherigen Rechts im Sinne des COVInsAG n.F. ....	2091
II.	Insolvenzplan. ....	2093
III.	Übertragende Sanierung/Distressed M&A .....	2093
1.	Distressed M&A .....	2093
2.	Transaktionsstruktur .....	2094
3.	Zeitpunkt der Transaktion im Krisenverlauf. ....	2095
4.	Ablauf des Verkaufsprozesses .....	2096
5.	Kritische Erfolgsfaktoren bei Distressed M&A .....	2098
6.	Frühzeitiges Erkennen von Dealbreakern. ....	2099
<b>Kapitel 37 Kryptowerte in der Insolvenz .....</b>		<b>2103</b>
A.	Einleitung. ....	2103
B.	Historische Entwicklung und Marktanalyse .....	2104
C.	Technische Grundlagen. ....	2105
I.	Blockchain-Technologie .....	2106
II.	Token .....	2107
1.	Währungstoken .....	2107
2.	Diverse Tokenarten .....	2107
III.	Wallet .....	2108
1.	Public key .....	2108
2.	Private key .....	2109
3.	Eigenverwahrung .....	2110
4.	Fremdverwahrung .....	2111
D.	Kryptowerte als Teil der Insolvenzmasse, § 35 InsO .....	2112
I.	Kenntniserlangung durch den Insolvenzverwalter .....	2114
II.	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Schuldners .....	2115
III.	Verwertungsmöglichkeiten .....	2115
1.	Verwertung von Kryptowerten in Eigenverwahrung .....	2116
2.	Verwertung von Kryptowerten in Fremdverwahrung .....	2117
3.	Verwertungshindernis bei zur Sicherheit abgetretener Kryptowerte .....	2118
E.	Fazit. ....	2118
<b>Abschnitt 3 Branchenspezifische Besonderheiten .....</b>		<b>2120</b>
<b>Kapitel 38 Insolvenz von Pflegeeinrichtungen .....</b>		<b>2120</b>
A.	Der Markt der Pflegeheime .....	2120
I.	Struktur des Marktes. ....	2120
1.	Altenpflegeeinrichtung .....	2120
2.	Einteilung nach Trägerschaft .....	2121
II.	Probleme. ....	2121
1.	Herausforderungen im Umgang mit Stakeholdern .....	2121
2.	Fachkräftemangel .....	2121
3.	Finanzierung .....	2122
4.	Kosten-Erlös-Schere .....	2122
5.	Auswirkungen der Probleme auf Ergebnis und Liquidität .....	2123
B.	Rechtliche und betriebswirtschaftliche Besonderheiten in Insolvenz und Insolvenzverfahren ...	2123
I.	Eröffnungsgründe. ....	2123
II.	Vorbereitung des Verfahrens. ....	2124
1.	Kommunikation .....	2124
2.	Wichtige Maßnahmen .....	2124
3.	Sanierungsoptionen .....	2125
III.	Besonderheiten im Insolvenzverfahren von Pflegeheimen .....	2125
1.	Sicherung der Betriebsfortführung .....	2125
2.	InsG-Vorfinanzierung .....	2126
3.	Umgang mit Mitarbeitenden und Bewohnern .....	2126
4.	Kostenträger .....	2126

5. Einhaltung des »Personalschlüssels«	2127
6. Rechnungslegung des Pflegeheims und Unternehmensplanung.	2127
7. Zusatzversorgung im Insolvenzfall	2127
IV. Betriebserhalt.	2128
1. Insolvenzplan	2128
2. Übertragende Sanierung	2128
3. Bestandsschutz bei Betreiberwechsel	2129
V. Betriebsschließung	2129
<b>Kapitel 39 Insolvenz von Krankenhäusern</b>	2131
A. Der Krankenhausmarkt in Deutschland	2131
I. Die Krankenhauswirtschaft in der Krise.	2131
1. Schlechte wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser	2131
2. Krankenhausreform (KHVVG)	2132
II. Systematik der Krankenhäuser	2133
1. Art der Einrichtung	2133
2. Einteilung nach Trägerschaft und Rechtsform	2134
III. Grundzüge der Krankenhausfinanzierung	2134
1. Duale Finanzierung	2134
2. Grundlagen der Finanzierung, Krankenhausförderung und Landeskrankenhauspläne	2134
3. Investitionsfinanzierung und -förderung	2135
4. Erlöse für die Krankenhausleistungen	2137
5. Krankenhausreform	2139
B. Rechtliche und betriebswirtschaftliche Besonderheiten in Insolvenz und Insolvenzverfahren	2139
I. Eröffnungsgründe.	2139
II. Vorbereitung des Verfahrens.	2140
1. Vorbereitung der Antragstellung	2140
2. Ausarbeitung einer Kommunikationsstrategie	2141
3. Weitere wichtige Maßnahmen	2141
III. Sanierungsoptionen	2141
1. Insolvenzplan und übertragende Sanierung	2141
2. Strategische, operative und finanzwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen.	2142
3. Exkurs: Anspruch gegenüber Kommune oder Land auf Übernahme des insolventen Krankenhauses?	2142
IV. Betriebsfortführung	2143
1. Besonderheiten im Hinblick auf die Planung.	2143
2. Einkauf und Lagerhaltung.	2144
3. Koordination der bestehenden Software-Programme mit den insolvenzrechtlichen Anforderungen	2144
V. (Teil-)Betriebsschließung.	2145
1. Schließungsförderung in der Insolvenz?	2145
2. Aufbewahrung von Patientenakten.	2145
VI. Sonderthemen	2145
1. Behandlung von Minder- und Mehrerlösausgleich in der Insolvenz.	2145
2. Rückforderung von Fördermitteln?	2145
<b>Kapitel 40 Die Bauinsolvenz</b>	2147
A. Einführung	2148
B. Baurechtliche Grundlagen	2148
I. Bauunternehmer, Generalunternehmer, Generalübernehmer und Bauträger	2148
II. BGB oder VOB	2148
C. Besonderheiten der Bauinsolvenz	2149
I. Sicherungsmaßnahmen	2149
1. Allgemeines	2149
2. Baustellenbesichtigungen	2149
3. Ordnung auf den Baustellen	2150
4. Gefahrenabwehr	2150
5. Gespräche mit Auftraggebern	2150

Inhaltsverzeichnis

	6. Gespräche mit Nachunternehmern . . . . .	2150
	7. Gespräche mit Informationsträgern . . . . .	2150
II.	Entscheidungsfindung über die Fortführung von Aufträgen . . . . .	2151
	1. Vertragsunterlagen . . . . .	2151
	2. Kalkulationen . . . . .	2151
	3. Bewertung bisheriger Leistungen . . . . .	2151
	4. Bewertung des Restaufwandes . . . . .	2152
	5. Bauzeitenplan . . . . .	2153
	6. Bisher aufgetretene oder zu erwartende Probleme . . . . .	2153
	7. Verhalten der Nachunternehmer . . . . .	2153
	8. Treuhandmodell . . . . .	2153
III.	Umgang mit Mängeln . . . . .	2154
	1. Mängelrügen . . . . .	2154
	2. Zurückbehaltungsrechte . . . . .	2154
	3. Beteiligung von Nachunternehmern . . . . .	2154
IV.	Rechtliche Weichenstellung . . . . .	2155
	1. Wahlrecht des Verwalters . . . . .	2155
	2. Kündigungsrecht des Auftraggebers . . . . .	2156
	3. Konkurrenz zwischen Wahlrecht und Kündigung durch den Besteller . . . . .	2157
V.	Mögliche Gegenrechte des Auftraggebers . . . . .	2157
	1. Allgemeines . . . . .	2157
	2. Zeitliche Einordnung . . . . .	2158
	3. Arten der Gegenansprüche . . . . .	2158
	4. Aufrechnungsverbote . . . . .	2158
VI.	Aufrechnungsmöglichkeiten des Auftraggebers . . . . .	2159
	1. Keine Saldierung von Ansprüchen und Gegenansprüchen . . . . .	2159
	2. Ansprüche wegen Überzahlungen . . . . .	2159
	3. Ansprüche wegen Mängeln . . . . .	2159
	4. Ansprüche wegen Fertigstellungsmehrkosten . . . . .	2160
	5. Schadensersatzansprüche wegen Verzug, Vertragsstrafenansprüche . . . . .	2161
	6. Aufrechnung bei mehreren Bauvorhaben . . . . .	2161
	7. Restabwicklungsvereinbarung . . . . .	2161
VII.	Bürgschaften . . . . .	2162
	1. Allgemeines . . . . .	2162
	2. Forderungsanmeldungen . . . . .	2162
VIII.	Steuerrecht . . . . .	2163
	1. Folgen der Erfüllungswahl . . . . .	2163
	2. Reverse-Charge-Verfahren nach § 13b UStG . . . . .	2163
	3. Bauabzugsteuer nach §§ 48 ff. EStG . . . . .	2164
IX.	Sozialrecht . . . . .	2164
X.	Arbeitsrecht . . . . .	2164
XI.	Insolvenzanfechtungsrecht . . . . .	2165
	1. Direktzahlung gem. § 16 Abs. 6 VOB/B . . . . .	2165
	2. Baugeld (BauFordSiG) . . . . .	2165
	3. Bauhandwerkersicherungshypotheken . . . . .	2166
	4. Bauhandwerkersicherung nach § 650f BGB . . . . .	2166
	5. Verkauf von Baugeräten an Gläubiger und Verrechnung des Kaufpreises . . . . .	2166
	6. Anfechtung einer »erpressten« Zahlung auf Altforderungen . . . . .	2167
	7. Anfechtung eines ungünstigen Vergleichs in einem Bauprozess . . . . .	2167
XII.	Prozessuales . . . . .	2167
	1. Bauhandwerkersicherung nach § 650f BGB . . . . .	2167
	2. Selbstständige Beweisverfahren . . . . .	2168
<b>Kapitel 41 Anleihegläubiger in der Insolvenz . . . . .</b>		<b>2169</b>
A.	Einführung . . . . .	2169
B.	Grundsätzlicher Mechanismus des SchVG außerhalb der Insolvenz . . . . .	2170
	I. Anwendungsbereich des SchVG . . . . .	2170
	II. Von den Anleihegläubigern nach dem SchVG beschließbare Maßnahmen . . . . .	2170

III.	Der gemeinsame Vertreter . . . . .	2171
IV.	Anleihegläubigerversammlung und Abstimmung ohne Versammlung. . . . .	2172
C.	Schuldverschreibungen in der Insolvenz . . . . .	2172
I.	Anwendungsbereich des SchVG im Kontext eines Insolvenzverfahrens. . . . .	2172
II.	Stellung der Schuldverschreibungsgläubiger im vorläufigen Insolvenzverfahren . . . . .	2173
III.	Bestellung eines gemeinsamen Vertreters im Rahmen eines Insolvenzverfahrens. . . . .	2174
IV.	(Weitere) Anleihegläubigerversammlungen im Laufe eines Insolvenzverfahrens . . . . .	2175
V.	Kompetenzen des gemeinsamen Vertreters im Insolvenzverfahren . . . . .	2176
VI.	Vergütung des gemeinsamen Vertreters . . . . .	2177
VII.	Insolvenzplan unter Beteiligung von Anleihegläubigern . . . . .	2179
D.	Exkurs: Schuldverschreibungen im Kontext von Restrukturierungsverfahren nach dem StaRUG. . . . .	2179
<b>Kapitel 42 Personaldienstleister in der Insolvenz . . . . .</b>		<b>2183</b>
A.	Marktüberblick . . . . .	2183
B.	Besonderheiten der Insolvenz von Personaldienstleistern . . . . .	2185
C.	Optionen aus dem Insolvenzverfahren heraus. . . . .	2186
D.	Hinweise zur Übernahme von Personaldienstleistern aus der Insolvenz . . . . .	2187
<b>Kapitel 43 Warenkreditversicherung und Lieferantenpool . . . . .</b>		<b>2188</b>
A.	Warenkreditversicherung. . . . .	2188
I.	Wirtschaftliche Bedeutung. . . . .	2188
II.	Funktionsweise. . . . .	2189
1.	Rechtsgrundlagen und vertragliche Beziehungen . . . . .	2189
2.	Zeichnung von Kreditlimiten für bestimmte Abnehmer . . . . .	2190
III.	Voraussetzungen für den Versicherungsschutz. . . . .	2191
IV.	Insbesondere: Vereinbarung von Eigentumsvorbehaltsrechten . . . . .	2192
V.	Obliegenheiten des Versicherungsnehmers aus dem Versicherungsvertrag . . . . .	2194
VI.	Eintritt des Versicherungsfalls und Entschädigung. . . . .	2194
VII.	Insolvenz des Versicherungsnehmers . . . . .	2196
B.	Lieferantenpool . . . . .	2196
I.	Zweck von Lieferantenpools. . . . .	2196
1.	Beseitigung von Beweisproblemen des einzelnen Lieferanten . . . . .	2196
2.	Koordiniertes Vorgehen der Lieferanten und Erleichterung der Unternehmensfortführung und dadurch Optimierung der Verwertungserlöse . . . . .	2197
3.	Besserer Informationsfluss zwischen Lieferanten und Insolvenzverwaltung . . . . .	2197
4.	Erleichterung des Insolvenzverfahrens durch den Abschluss von Abgrenzungsvereinbarungen zwischen Lieferanten und anderen Sicherungsgläubigern . . . . .	2198
5.	Korrektur der Insolvenztabelle . . . . .	2198
II.	Rechtsnatur . . . . .	2198
III.	Poolinitiative . . . . .	2199
IV.	Potentiell poolfähige Gläubiger. . . . .	2199
V.	Wirksame Vereinbarung von Sicherungsrechten . . . . .	2199
1.	Arten der Sicherungsrechte . . . . .	2200
2.	Einbeziehung von Sicherungsrechten durch AGB. . . . .	2200
3.	Einbeziehung von Sicherungsrechten durch Individualvereinbarungen . . . . .	2200
4.	Einbeziehung von Sicherungsrechten zugunsten von warenkreditversicherten Lieferanten durch Vereinbarungen über die Geltung von Eigentumsvorbehaltsrechten zwischen Warenkreditversicherern und Kunden der Lieferanten. . . . .	2200
5.	Einbeziehung von Sicherungsrechten aufgrund eines Handelsbrauchs . . . . .	2200
6.	Einbeziehung von Sicherungsrechten durch AGB des Kunden . . . . .	2200
7.	Verwendung von Einkaufsbedingungen der Kunden mit Abwehrklauseln . . . . .	2200
VI.	Wesentliche Regelungen des Poolvertrages . . . . .	2201
1.	Bevollmächtigung des Poolverwalters . . . . .	2201
2.	Stimmrechtsausübung in der Gläubigerversammlung . . . . .	2201
3.	Bevollmächtigung zum Abschluss eines unechten Massekreditvertrages und Verwertungsvereinbarung . . . . .	2201
4.	Bevollmächtigung zum Abschluss einer Verwertungsvereinbarung/Abgrenzungsvereinbarung . . . . .	2202



## Inhaltsverzeichnis

---

5. Einrichtung eines Beirates . . . . .	2202
6. Festlegung des Verteilungsmechanismus . . . . .	2202
7. Dreifachumsatz . . . . .	2203
VII. Ablauf des Poolverfahrens . . . . .	2203
1. Ansprache der Lieferanten. . . . .	2203
2. Prüfung der Unterlagen . . . . .	2203
3. Vereinbarung eines unechten Massedarlehens mit revolvingenden Sicherheiten . . . . .	2203
4. Forderungsanmeldung der Lieferanten beim Insolvenzverwalter . . . . .	2203
5. Abrechnung der Verwertungserlöse. . . . .	2203
6. Abstimmung der Forderungen mit den Lieferanten . . . . .	2204
7. Einholung der Rücknahmeerklärungen und Auszahlung der Poolquote . . . . .	2204
8. Durchführung von Abschlagsverteilungen . . . . .	2204
<b>Kapitel 44 Speditionen/Transportwesen. . . . .</b>	<b>2205</b>
A. Grundlagen des Transportrechts . . . . .	2205
I. Spediteur, Frachtführer und Lagerhalter. . . . .	2206
II. Rechtsquellen. . . . .	2206
B. Insolvenzrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz des Spediteurs, Frachtführers oder Lagerhalters. . . . .	2207
I. Vermögensstruktur einer Spedition . . . . .	2207
II. Subunternehmer. . . . .	2208
1. Beauftragung. . . . .	2208
2. Scheinselbstständigkeit . . . . .	2208
III. Transportversicherung. . . . .	2209
IV. Frachtführer-, Spediteur- und Lagerhalterpfandrecht . . . . .	2209
1. Grundlagen . . . . .	2209
2. Anfechtbarkeit des Pfandrechts. . . . .	2210
3. Beauftragung von Frachtführern i.R.d. Betriebsfortführung . . . . .	2210
4. Frachtführer-, Spediteur-, Lagerhalterpfandrecht als Absonderungsrecht . . . . .	2211
5. Problemfall: Pfandrecht an Gütern eines Dritten . . . . .	2211
V. Nachnahmen . . . . .	2211
1. Nachnahme als Aussonderungsrecht . . . . .	2212
2. Abwicklung von Nachnahmen aus der Zeit vor dem Insolvenzantrag . . . . .	2212
3. Abwicklung von Nachnahmen nach Insolvenzantrag. . . . .	2212
VI. Forderungseinzug . . . . .	2213
1. kurze Verjährung . . . . .	2213
2. Verrechnungen . . . . .	2213
3. Geltendmachung des eigenen Pfandrechts. . . . .	2213
VII. Abwicklung von Schadensfällen . . . . .	2213
1. Dokumentation. . . . .	2214
2. Problem: Schadensversicherung . . . . .	2214
VIII. Zoll/Einfuhrumsatzsteuern/Maut . . . . .	2215
<b>Kapitel 45 Handelsvertreter . . . . .</b>	<b>2216</b>
A. Einführung . . . . .	2216
B. Grundlagen des Handelsvertreterrechts . . . . .	2217
C. Insolvenzrechtliche Besonderheiten des Handelsvertreterrechts . . . . .	2217
I. Insolvenz des vertretenen Unternehmens . . . . .	2217
1. Schicksal des Handelsvertretervertrages in der Insolvenz . . . . .	2217
2. Kündigungsmöglichkeit des Handelsvertreters im Vorfeld der Insolvenz . . . . .	2218
3. Provisionsforderungen des Handelsvertreters . . . . .	2218
4. Der Ausgleichsanspruch nach § 89b HGB . . . . .	2220
5. Wettbewerbsentschädigung . . . . .	2221
6. Schadensersatzanspruch des Handelsvertreters . . . . .	2222
7. Abgesonderte Befriedigung des Handelsvertreters . . . . .	2222
8. Insolvenzgeld für Handelsvertreter . . . . .	2222
II. Insolvenz des Handelsvertreters . . . . .	2222
1. Schicksal des Handelsvertretervertrages in der Insolvenz . . . . .	2223

2. Ansprüche der Insolvenzmasse . . . . .	2223
III. Insolvenz des Kunden . . . . .	2224
<b>Kapitel 46 Automotive . . . . .</b>	<b>2225</b>
A. Einführung . . . . .	2225
B. Grundlagen der Automobilwirtschaft . . . . .	2225
C. Die Kunden-Lieferanten Struktur . . . . .	2226
I. Vertragsparteien und ihre Rollen . . . . .	2226
1. OEM (Original Equipment Manufacturer = Erstausrüster) . . . . .	2226
2. Automobilzulieferer . . . . .	2226
3. Tier-1-Zulieferer (engl. Tier = Ebene/Rang). . . . .	2227
4. Tier-2-Zulieferer . . . . .	2227
5. Tier-3-Zulieferer . . . . .	2227
6. Gemischte Verhältnisse . . . . .	2227
II. Liefervertrag . . . . .	2227
1. Rahmenliefervertrag. . . . .	2228
2. Gliederung . . . . .	2229
III. Just in time/Just in sequence . . . . .	2229
1. Just-in-time. . . . .	2229
2. Just-in-sequence . . . . .	2230
D. Insolvenzrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz des Zulieferers. . . . .	2230
I. Ausgangssituation . . . . .	2230
1. Mitarbeiter . . . . .	2230
2. Verhältnis zu den Kunden. . . . .	2230
3. Situation gegenüber Lieferanten. . . . .	2230
4. Finanzierung der Betriebsfortführung. . . . .	2231
II. Die Aufstellung der Kunden. . . . .	2231
III. Aufrechterhaltung der Betriebsfortführung. . . . .	2232
IV. Verkaufsprozess und Sanierungsmaßnahmen . . . . .	2232
1. Insolvenzplan oder M&A-Prozess . . . . .	2232
2. Sanierungsmaßnahmen. . . . .	2233
V. Fortführungsvereinbarung . . . . .	2233
1. Hintergrund . . . . .	2233
2. Bilateraler Charakter . . . . .	2234
3. Berechnung der Fortführungsverluste . . . . .	2234
VI. Werkzeuge/CapEX . . . . .	2235
1. Außerhalb der Insolvenz . . . . .	2235
2. Im Rahmen eines Insolvenzverfahrens. . . . .	2235
VII. Internationale Aufstellung/Tochtergesellschaften im Ausland . . . . .	2235
VIII. Fazit . . . . .	2236
Stichwortverzeichnis. . . . .	2237